

# BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

DE



## JAHRESBERICHT 2020



Europäisches Parlament

# DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



705 Sitze\*



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf Unionsebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.



Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) kann jeden ihrer zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

\*Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020 hat das Europäische Parlament seit dem 1. Februar 2020 705 Sitze.

Quelle: Artikel 12 des Vertrags über die Europäische Union und Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls (Nr. 1) über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union.

**DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN  
NATIONALEN PARLAMENTEN**

**JAHRESBERICHT 2020**

**Beziehungen zwischen dem Europäischen  
Parlament und den nationalen Parlamenten  
der EU**

Dieser jährliche Tätigkeitsbericht der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt einen Überblick über alle Tätigkeiten und Entwicklungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Jahr 2020. An dieser Zusammenarbeit waren 39 nationale Parlamente und Kammern in den 27 Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament beteiligt.

Dieser Bericht ist eine Veröffentlichung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die Teil der Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments ist.

**Katrin RUHRMANN**

Direktorin

[katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu](mailto:katrin.ruhrmann@europarl.europa.eu)

**Pekka NURMINEN**

Referatsleiter, Referat Institutionelle Zusammenarbeit

[pekka.nurminen@europarl.europa.eu](mailto:pekka.nurminen@europarl.europa.eu)

**Jesús GÓMEZ**

Referatsleiter, Referat Legislativer Dialog

[jesus.gomez@europarl.europa.eu](mailto:jesus.gomez@europarl.europa.eu)

Manuskript erstellt von:

**Paraskevi CHAVAKI**

Verwaltungsrätin, Referat Institutionelle Zusammenarbeit

[paraskevi.chavaki@europarl.europa.eu](mailto:paraskevi.chavaki@europarl.europa.eu)

Redaktionsschluss: 18. März 2021.

[relnatparl@europarl.europa.eu](mailto:relnatparl@europarl.europa.eu)

<https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/news>

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

# JAHRESBERICHT 2020

Vorwort der Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind	8
I. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die interparlamentarische Zusammenarbeit	10
II. Wichtige Entwicklungen und Themen auf der interparlamentarischen Agenda im Jahr 2020	13
a. Politischer Rahmen	13
b. Bereichsübergreifende Themen	14
1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN	18
1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)	18
1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)	21
2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)	23
2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester	23
2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)	26
3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS	29
3.1 Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol	29
3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust	32
3.3 Die Europäische Grenz- und Küstenwache	34
4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT	36
4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen	36
4.2 Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl	40
4.3 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen	42
4.4 Bilaterale Besuche von nationalen Parlamenten der EU im Europäischen Parlament und andere bilaterale Austauschmaßnahmen	44
5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU	45
5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen	45
5.1.1 Frühwarnsystem	45
5.1.2 Ausführungen der nationalen Parlamente der EU	46
5.1.3 Monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand	49
5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen	50

<b>6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN</b>	<b>52</b>
6.1 Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)	52
6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	54
6.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes	57
6.4 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel	59
6.5 Seminare für Mitarbeiter	60
<b>7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN</b>	<b>62</b>
7.1 Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz	62
7.2 CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente	64
7.3 Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)	65
7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten	66
<b>8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN</b>	<b>67</b>
<b>ANHÄNGE</b>	<b>69</b>
ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2020	69
ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte interparlamentarische Ausschusssitzungen und Konferenzen im Jahr 2020	71
ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2020 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)	72
ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem	74
ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog	76
ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)	77
Glossar und Akronyme	81



## **Vorwort der Vizepräsidentinnen des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU zuständig sind**

Im Januar 2020 sah das Europäische Parlament mit Spannung dem Beginn des ersten Jahres der neuen Legislaturperiode nach den Europawahlen 2019 entgegen. Es hatte sich darauf eingestellt, eine Vielzahl von Herausforderungen bewältigen zu müssen, von der Planung des Haushalts für die nächsten sieben Jahre über die Gestaltung der künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit bis hin zur Entwicklung einer nachhaltigen Umweltpolitik und dem Aufbau von Beziehungen zu Partnern auf der ganzen Welt.



Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, und Roberta Metsola, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel © Europäische Union 2021 – EP/Alain ROLLAND

Zu diesem Zeitpunkt konnte sich niemand vorstellen, was vor uns lag: eine durch das COVID-19-Virus verursachte Pandemie, die jedes Land der Welt heimsuchen würde; von gesundheitlichen und menschlichen Tragödien schwer getroffene Menschen sowie wirtschaftliche und soziale Krisen infolge der Ausgangsbeschränkungen; die zur Bekämpfung des Virus notwendigen Hygiene- und Gesundheitsmaßnahmen. Niemals hätten wir uns vorstellen können, in welchem Maße sich unser tägliches Leben, unsere Freiheit und unser Verhalten innerhalb nur weniger Wochen verändern würden.

Ab März 2020 mussten alle Parlamente schnell auf die durch die Pandemie bedingte neue Realität reagieren. Sie mussten für die Gesundheit und Sicherheit ihrer Mitglieder und ihres Personals Sorge tragen und die Fortführung ihrer Kernaufgaben, wie Gesetzgebung und Haushaltsentscheidungen, sicherstellen. Die interparlamentarische Vernetzung und der Austausch von Praktiken zum Umgang mit der neuen Situation im Hinblick auf parlamentarische und administrative Verfahren waren bei der Bewältigung der Krise in den Parlamenten effiziente und wertvolle Instrumente.

Die interparlamentarischen Aktivitäten wurden nur zu Beginn der Pandemie ausgesetzt. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU wurde abgesagt, und der kroatische Ratsvorsitz sah sich beispiellosen Herausforderungen gegenüber. Doch brachte er die interparlamentarischen Treffen mit der ersten mittels Fernteilnahme veranstalteten Sitzung der Vorsitzenden der COSAC im Juni 2020 und einer zusätzlichen Sitzung der Vorsitzenden mit Michel Barnier, dem Chefunterhändler für das Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, wieder auf Kurs. Während des deutschen Ratsvorsitzes nahmen die interparlamentarischen Aktivitäten wieder Fahrt auf. Alle üblichen Sitzungen fanden mittels Fernteilnahme statt und eine zusätzliche Sitzung der Vorsitzenden der COSAC wurde sogar mit Kommissionsmitgliedern abgehalten.

Das Europäische Parlament musste sich auch sehr schnell auf neue Arbeitsabläufe einstellen und setzte beträchtliche logistische Ressourcen ein, um die Fortführung der parlamentarischen (und interparlamentarischen) Arbeit sicherzustellen. Das Europäische Parlament nahm die interparlamentarischen Aktivitäten mit der diesmal mittels Fernteilnahme veranstalteten Tagung des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses zu Europol wieder auf. Auf diese Tagung folgten mehrere interparlamentarische Ausschusssitzungen mit Fernteilnahme, darunter die allererste Sitzung zur Bewertung von Eurojust und eine Konferenz auf hoher Ebene zu Migration

und Asyl, die vom Europäischen Parlament zusammen mit dem Parlament des Ratsvorsitzes und in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parlamenten des Dreivorsitzes organisiert wurde.

Das Europäische Parlament arbeitete noch enger mit den Vorsitz-Parlamenten zusammen, um die Formate und Tagesordnungen der Sitzungen an die Anforderungen von Sitzungen mit Fernteilnahme anzupassen. Das Engagement und die Entschlossenheit sowohl des kroatischen als auch des deutschen Vorsitzes und des Europäischen Parlaments, einschließlich aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ermöglichten trotz der außerordentlich schwierigen Umstände die Rückkehr zum gewohnten hochwertigen und ehrgeizigen Programm interparlamentarischer Aktivitäten.

Die Unionsorgane haben sich in dieser Krise als belastbar und widerstandsfähig erwiesen. Die europäischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen wurden sichergestellt und es wurden Ergebnisse erzielt. Es wurden Entscheidungen über den künftigen EU-Haushalt und die Finanzierung des Wiederaufbaus der EU getroffen, einschließlich Bestimmungen über die Achtung der Rechtsstaatlichkeit. Zudem wurde ein tragfähiges Eigenmittelsystem für die Zukunft eingerichtet. Diese Themen wurden auch bei interparlamentarischen Treffen intensiv diskutiert.

Die Konferenz zur Zukunft Europas war ein weiteres Thema, das regelmäßig bei interparlamentarischen Treffen erörtert wurde. Sie wird gewiss im Mittelpunkt der interparlamentarischen Aktivitäten und Debatten im Jahr 2021 stehen. Die nationalen Parlamente werden in der Debatte über die Gestaltung der Zukunft Europas eine Schlüsselrolle spielen.

Wir begrüßen die verstärkte interparlamentarische Zusammenarbeit bei Belangen im Zusammenhang mit dem auswärtigen Handeln der Union. Das Europäische Parlament legt einen Schwerpunkt auf die Überwachung der Auswirkungen der Krise auf demokratische Institutionen auf der ganzen Welt. Wir freuen uns auch darauf, unserer traditionellen transatlantischen Partnerschaft neuen Schwung zu verleihen, eine größere Rolle als globaler Akteur auf der internationalen Bühne zu übernehmen, insbesondere in benachbarten Regionen, und eine neue fruchtbare Beziehung zum Parlament des Vereinigten Königreichs aufzubauen und die Zusammenarbeit mit ihm zu verstärken.

Das Jahr 2020 hat unsere Arbeitsweise grundlegend verändert, und wir müssen in diesem außergewöhnlichen Jahr auf unsere Erfahrungen zurückgreifen. Insgesamt hat die Technik gut funktioniert, und wir haben unsere Sachkenntnis im Bereich der virtuellen Arbeitsmethoden verbessert. Wir sind jedoch der festen Überzeugung, dass die interparlamentarischen Beziehungen weitgehend auf persönlichen Beziehungen beruhen und dass interparlamentarische Treffen nicht durch Videokonferenzen ersetzt werden können. Persönliche Treffen haben eine andere Dynamik und Bedeutung, und wir freuen uns darauf, uns wieder persönlich zusammenzufinden, sobald das möglich ist. Dies schließt natürlich nicht aus, dass Sitzungen mit Fernteilnahme als zusätzliches Sitzungsformat genutzt werden können, wenn sich das als sinnvoll erweist.

Wir möchten Mairead McGuinness, der ehemaligen Ersten Vizepräsidentin, für ihr Engagement und ihren Einsatz danken, mit denen sie sich bis zu ihrer Berufung in die Europäische Kommission im September 2020 um die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten bemüht hat.

Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU bleiben wichtige Partner bei der Gestaltung der Zukunft Europas. Wir verpflichten uns, unsere enge Zusammenarbeit in allen Bereichen von gemeinsamem Interesse fortzusetzen und das ordnungsgemäße Funktionieren der parlamentarischen Demokratie auf allen Ebenen in Europa und darüber hinaus sicherzustellen.

Roberta Metsola  
Erste Vizepräsidentin

Dita Charanzová  
Vizepräsidentin

# I. DIE AUSWIRKUNGEN DER COVID-19-PANDEMIE AUF DIE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

Was die interparlamentarischen Aktivitäten angeht, begann das Jahr 2020 wie jedes andere. Die Sitzung der Vorsitzenden der Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC) fand im Januar 2020 in Zagreb statt und eröffnete den vom kroatischen Ratsvorsitz geplanten Veranstaltungszyklus. Im Februar 2020 begrüßte das Europäische Parlament im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche mehr als hundert Parlamentarier aus verschiedenen Mitgliedstaaten in seinen Räumlichkeiten in Brüssel. Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zagreb (2.–4. März) war das letzte interparlamentarische Treffen im Jahr 2020, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer physisch anwesend waren.

Sehr bald nach diesem Treffen begann sich die COVID-19-Situation in Europa dramatisch zu verschlechtern, und überall wurden außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Im Europäischen Parlament kündigte Präsident David Sassoli am 2. März an, dass über 130 Veranstaltungen, die in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments stattfinden sollten und an denen zwischen 6 000 und 7 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilnehmen sollten, abgesagt werden. Zudem würde das Europäische Parlament seine Türen für Besucherinnen und Besucher schließen.

Die Infektionen nahmen rasch zu und die Epidemie breitete sich über die ganze Welt aus. Der Beschluss des Präsidenten, keine Veranstaltungen mit externen Besuchern zuzulassen, wurde in den folgenden Monaten bis Ende 2020 verlängert. Veranstaltungen jeder Art wurden abgesagt, Besuche und Reisen ausgesetzt, und die Bediensteten (sowie vereinzelt auch MdEP) wurden gebeten, von zu Hause aus zu arbeiten<sup>1</sup>. Infolgedessen wurden alle vom Europäischen Parlament für den Zeitraum von März bis Dezember 2020 geplanten interparlamentarischen Sitzungen mit physischer Präsenz abgesagt, verschoben oder durch Sitzungen mit Fernteilnahme ersetzt.

Ebenso wurde die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU abgesagt, die im Mai 2020 in Helsinki stattfinden sollte. Das ebenfalls für März 2020 geplante Treffen des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses zu Europol wurde durch einen schriftlichen elektronischen Informationsaustausch ersetzt.

Die parlamentarische Arbeit wurde jedoch fortgesetzt. Obwohl Sitzungen mit Fernteilnahme bei den nationalen Parlamenten eher die Ausnahme als die Regel waren, wurden die notwendigen Anpassungen vorgenommen, damit die Abgeordneten die neuen Gesetze, von denen viele den Gesundheitsnotstand betrafen, prüfen und über sie abstimmen konnten<sup>2</sup>. Das Europäische Parlament verabschiedete einen überarbeiteten Sitzungskalender. Die erste Sitzung sollte sich mit dringenden legislativen Fragen befassen. Die MdEP konnten entweder persönlich erscheinen oder sich per

1 [https://europarl.europa.eu/cmsdata/226105/WEB\\_No.27\\_National\\_Parliaments\\_procedures\\_following\\_COVID-19.pdf](https://europarl.europa.eu/cmsdata/226105/WEB_No.27_National_Parliaments_procedures_following_COVID-19.pdf)

2 Ebenfalls wegen der COVID-19-Epidemie trat zum ersten Mal ein nationales Parlament im Plenarsaal des Europäischen Parlaments zusammen: Den 150 Mitgliedern des belgischen Parlaments war es nicht möglich, in ihrem Plenarsaal die Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung einzuhalten. Die Debatte über das neue Regierungsabkommen und seine Ratifizierung fanden im Herbst 2020 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments statt.

Videokonferenz zuschalten. Außerdem wurden Vorkehrungen getroffen, um die Stimmabgabe per E-Mail zu ermöglichen. Im Plenarsaal wurden Maßnahmen zur räumlichen Distanzierung ergriffen<sup>3</sup>.

Das Europäische Parlament sowie der kroatische und der deutsche Ratsvorsitz haben ihre Programme so weit wie möglich angepasst. Die Organisation interparlamentarischer Veranstaltungen wurde insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2020 recht intensiv fortgesetzt. Die Fortführung der Arbeit wurde realisiert, indem die Sitzungsformate, die Tagesordnungen und die Verfahrensweisen angepasst wurden. Es wurde auf schriftliche Verfahren zurückgegriffen und es wurden kürzere und dafür häufigere Sitzungen per Fernteilnahme abgehalten. Auf die Annahme politischer Texte, die in der Regel Gegenstand intensiver Verhandlungen während der Sitzungen sind, wurde entweder verzichtet oder es wurden dafür andere Verfahren angewandt. Die Zusammenarbeit im Rahmen der COSAC wurde zwar mittels Fernteilnahme fortgesetzt, doch bedurfte es einer gewissen gemeinsam vereinbarten Flexibilität im Hinblick auf die Geschäftsordnung, da in ihr derartige außergewöhnliche Umstände nicht vorgesehen sind. So beschloss beispielsweise der kroatische Vorsitz, die COSAC-Plenarsitzung durch eine außerordentliche Sitzung der Vorsitzenden zu ersetzen, und der deutsche Ratsvorsitz hielt eine vollständig „Virtuelle COSAC“ ab, um sein Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft abzuschließen. In beiden Fällen wurde wegen der technischen Einschränkungen von Sitzungen mit Fernteilnahme nur ein begrenzter Dolmetschdienst bereitgestellt, und es wurden keine Texte angenommen. In einigen Fällen wurden politische Texte durch Schlussfolgerungen der Vorsitzenden (Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik) oder ein zur Unterzeichnung aufgelegtes Schreiben des Vorsitzes (COSAC) ersetzt.

Wegen der politischen Gegebenheiten im Jahr 2020 waren mehr dringende Debatten erforderlich. Im Rahmen sowohl der COSAC als auch der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/ GSVP) wurden vom deutschen Ratsvorsitz Initiativen ergriffen, um „Dringlichkeitsdebatten“ (oder „Aktuelle Stunden“ bei der virtuellen COSAC) auf die Tagesordnung zu setzen. Damit sollte angesichts der sich ständig ändernden politischen Gegebenheiten ein spontanerer Meinungs-austausch ermöglicht werden. Die Themen standen häufig im Zusammenhang mit der Außenpolitik der EU. Dieser Trend wird sich möglicherweise fortsetzen.

Das Europäische Parlament nahm die Organisation der interparlamentarischen Aktivitäten mit dem mittels Fernteilnahme im September 2020 veranstalteten Treffen des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses zu Europol wieder auf. Auf dieses Treffen folgten vier mittels Fernteilnahme veranstaltete interparlamentarische Ausschusssitzungen, darunter die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust und eine virtuelle Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl, die vom Vorsitz-Parlament (Deutschland) in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Parlamenten des Dreivorsitzes (Portugal und Slowenien) im November in Brüssel organisiert wurde.

---

3 [https://europarl.europa.eu/cmsdata/226110/No.32\\_State\\_of\\_COVID-19\\_measures\\_in\\_Parliaments.pdf](https://europarl.europa.eu/cmsdata/226110/No.32_State_of_COVID-19_measures_in_Parliaments.pdf)



Es fand die gleiche Anzahl von interparlamentarischen Ausschusssitzungen statt wie 2019. Bereits 2019 war die Anzahl wegen der Europawahlen etwas niedriger als üblich. Erwähnenswert ist auch, dass die Beteiligung von Abgeordneten nationaler Parlamente 2020 zugenommen hat, was wahrscheinlich den neuen Einrichtungen für die Fernteilnahme zu verdanken ist. Aufgrund von Reisebeschränkungen wurden nur Anfang 2020 sehr

wenige bilaterale Begegnungen organisiert, und nach dem März 2020 fanden alle bilateralen Treffen online statt.

Die Zahl der Eingaben gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 war ebenfalls geringfügig niedriger als in einem normalen Gesetzgebungsjahr, jedoch höher als 2019. In mehreren Fällen führte das Erfordernis, schnell auf die Pandemie zu reagieren, dazu, dass die für die Subsidiaritätsprüfung vorgesehene Frist von acht Wochen nicht eingehalten werden konnte und die Bearbeitung von Legislativvorschlägen beschleunigt wurde.

Während der Pandemie war auch ein digitaler Sprung nach vorne zu verzeichnen, nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf das Verhalten und die Einstellungen der Menschen. Lösungen für Sitzungen mit Fernteilnahme wurden schneller bereitgestellt und die Bereitschaft von Abgeordneten und hochrangigen Rednern zur Fernteilnahme hat sich erhöht. Die Sitzungen sind auch kürzer und die Aussprachen zielgerichteter geworden. Einige dieser positiven Erfahrungen können wir uns möglicherweise auch für die Zukunft zunutze machen. Zudem könnten sie zu mehr Ad-hoc-Dialogen führen, beispielsweise zwischen Berichterstatterinnen und Berichterstattern im Europäischen Parlament und in nationalen Parlamenten oder zwischen MdEP und Mitgliedern nationaler Parlamente mit ähnlichen institutionellen Funktionen, wie etwa Ausschussvorsitzende mit dem gleichen Geschäftsbereich oder Vizepräsidenten.

Neben dieser Entwicklung auf politischer Ebene hat die Gesundheitskrise auch zu einem verstärkten Online- und elektronischen (schriftlichen) Informationsaustausch zwischen den Parlamenten geführt, insbesondere im Rahmen der Netzwerke von EZPWD und IPEX.<sup>4</sup>

---

4 Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) und Interparliamentary EU Information Exchange (IPEX).

## II. WICHTIGE ENTWICKLUNGEN UND THEMEN AUF DER INTERPARLAMENTARISCHEN AGENDA IM JAHR 2020

### a. Politischer Rahmen

Die Arbeit der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten fand unter der politischen Führung und der Anleitung von David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin mit Zuständigkeit für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, sowie Antonio Tajani, Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) und der Konferenz der Ausschussvorsitze, statt. Mitte November 2020 wurde Roberta Metsola zur Ersten Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments gewählt und trat an die Stelle von Mairead McGuinness, die Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion wurde.

Das Jahr 2020, das erste volle Jahr dieser Legislaturperiode, sollte auch ohne die Pandemie ein politisch herausforderndes Jahr werden. Die zu behandelnden Themen waren von großer Bedeutung und standen im Zusammenhang mit der strategischen Agenda des Europäischen Rates und den Prioritäten der neuen Kommission, die vom EP gebilligt worden waren, als es die neue Kommission Ende 2019 im Amt bestätigte. Der Einigung über den MFR mit allen damit verbundenen Rechtsvorschriften, dem Abschluss der neuen Partnerschaft zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, dem europäischen Grünen Deal und der digitalen Agenda sowie dem Start der Konferenz zur Zukunft Europas kam bereits ein Platz auf den Tagesordnungen der interparlamentarischen Treffen zu. Die Stärkung der Rolle der EU als globaler Akteur war ein weiteres wichtiges Thema, das in vielen interparlamentarischen Foren zur Debatte stand.

Ab März 2020 wurde die Pandemie unvermeidlich zu einem zusätzlichen Thema zahlreicher Treffen. Die Parlamente tauschten ihre Erfahrungen und Ansichten zu den Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus und darüber aus, wie die Kernfunktionen der Parlamente aufrechterhalten und die parlamentarische Arbeit in den schwierigen Zeiten der Pandemie fortgeführt werden können.

Die Rechtsstaatlichkeit in der EU war ein weiteres Thema, über das im Jahr 2020 intensiv diskutiert wurde. Diese Debatte stand teilweise im Zusammenhang mit dem MFR und mit der Aufbau- und Resilienzfazilität, die geschaffen wurde, um die langfristigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu mildern. Auch die Sicherheits- und Migrationsproblematik verschärfte sich erheblich durch die Krise und wurde daher ebenfalls bei interparlamentarischen Treffen und Aussprachen erörtert.



Sitzung der Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments mit David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, und Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, Videokonferenz, Mai 2020  
© Europäische Union 2020 – EP/Daina LE LARDIC

## **b. Bereichsübergreifende Themen**

Traditionell liegt der Schwerpunkt der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischen und institutionellen Fragen und Diskussionen. Das Frühwarnsystem, durch das die nationalen Parlamente im Wege der Subsidiaritätsprüfung in das Rechtsetzungsverfahren der EU eingebunden sind, hat einen umfassenden legislativen Dialog ausgelöst, der weit über die Subsidiarität hinausgeht. In den letzten Jahren wurde auch der parlamentarischen Kontrolle und Überwachung der europäischen Exekutivagenturen und -maßnahmen, insbesondere im Bereich Justiz und Inneres, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die parlamentarische Zusammenarbeit entwickelt sich auch im Bereich der Außenpolitik der EU weiter, hauptsächlich im Rahmen der GASP/GSVP, aber auch in Bezug auf die parlamentarische Diplomatie, die Unterstützung der Demokratie und die Zusammenarbeit in multilateralen und sogar globalen Foren, um die europäischen Werte und Interessen zu verteidigen. Die folgenden wiederkehrenden Themen wurden 2020 in mehreren interparlamentarischen Foren und bilateralen Gesprächen behandelt:

### **i. Die Konferenz zur Zukunft Europas**

Bereits im Dezember 2019 schlugen die Kommission und das Europäische Parlament vor, eine Konferenz zu organisieren, um über die Rolle der EU in einem sich ständig verändernden internationalen Umfeld und die Anpassungen nachzudenken, die erforderlich sind, um den Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Die Pandemie hat deutlicher denn je die dringende Notwendigkeit der Selbstreflexion und der Diskussion über die Reform und Erneuerung der EU aufgezeigt.

Das Europäische Parlament hat im Januar und im Juni 2020 zwei Entschlüsse zur Konferenz zur Zukunft Europas angenommen<sup>5</sup>. Die Abgeordneten baten den Rat, offen zu sein für konferenzbasierte Reformen, Vertragsänderungen eingeschlossen. Das Europäische Parlament verpflichtete sich, die Konferenz so bald wie möglich zu beginnen, und war 2020 dazu bereit. Die Abgeordneten betonten, dass die Gesundheitskrise weitere Fragen aufgeworfen hat, über die nachgedacht werden muss: umfangreichere Befugnisse der Union, um im Falle von grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen tätig zu werden; neue Instrumente, um sicherzustellen, dass die Union in Zukunft unverzüglich tätig werden kann, um zu koordinieren, Solidarität zu organisieren oder auf Verstöße gegen die Grundrechte zu reagieren.

Seit 2019 haben die nationalen Parlamente ihren starken Willen bekundet, in die Konferenz einbezogen zu werden, und dies wurde im Jahr 2020 mehrfach hervorgehoben, insbesondere im Rahmen der COSAC. Natürlich spielen die nationalen Parlamente eine entscheidende Rolle, sowohl im Hinblick auf die Zuwendung zu den Bürgerinnen und Bürgern im Verein mit dem Europäischen Parlament, aber auch auf formaler Ebene im Hinblick auf Vertragsänderungen. Der deutsche Ratsvorsitz setzte sich für eine starke Beteiligung der nationalen Parlamente ein. Sowohl der kroatische als auch der deutsche Vorsitz initiierten Schreiben des Vorsitzes an die EU-Organe, die von der Mehrheit der Vorsitzenden der Delegationen der nationalen Parlamente mitunterzeichnet wurden. Das Europäische Parlament hat ebenfalls den Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass die nationalen Parlamente angemessen einbezogen werden und der Konferenz eine echte parlamentarische Dimension verliehen wird.

---

5 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 zum Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz über die Zukunft Europas (Angenommene Texte, P9\_TA(2020)0010); Entschließung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2020 zum Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz zur Zukunft Europas (Angenommene Texte, P9\_TA(2020)0153).

## **ii. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte**

Die Kommission hat den Rahmen zur Stärkung des Rechtsstaatsprinzips angenommen, um Entwicklungen in einigen EU-Ländern zu begegnen, die systembedingte Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit darstellen. Da die Achtung der Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Politiken eine Querschnittspriorität geworden ist, spiegelte sich dies auch in verschiedenen interparlamentarischen Debatten wider, auch auf bilateraler Basis.

Es wurde eine Sondersitzung der COSAC organisiert, um mit Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission, und Kommissar Didier Reynders über Fragen der Rechtsstaatlichkeit zu diskutieren. Die Abgeordneten sprachen sich für eine regelmäßige Überprüfung dieses Themenkomplexes aus, beispielsweise im Rahmen des Jahresberichts der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit.

Am 10. November organisierte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments eine interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Der erste Jahresbericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit und die Rolle der nationalen Parlamente“, die den Abgeordneten die Möglichkeit bot, ihre Erfahrungen zur Rolle ihrer nationalen Parlamente auszutauschen. Die Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte wurden ebenfalls erörtert, mit besonderem Schwerpunkt auf der durch die nationalen Parlamente in dieser Zeit ausgeübten Kontrolle.

## **iii. Die Verhandlungen über das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich**

Das Vereinigte Königreich ist am 31. Januar 2020 aus der EU ausgetreten. Es war ein Übergangszeitraum bis Ende 2020 vorgesehen, in dem das Vereinigte Königreich weiterhin dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion angehören sollte, während die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen fortgesetzt werden. Das Abkommen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurde erst am 24. Dezember 2020 geschlossen. Die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich und insbesondere die Verhandlungen über das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich waren während des gesamten Jahres 2020 Gegenstand interparlamentarischer Debatten.

Die Vorsitzenden der COSAC hatten im Juni und September 2020 zwei Sondertreffen mit dem EU-Chefunterhändler Michel Barnier. Chefunterhändler Barnier informierte die Vorsitzenden der COSAC bei beiden Gelegenheiten im Beisein des Vorsitzenden der UK-Koordinierungsgruppe des Europäischen Parlaments, David McAllister, über die neuesten Entwicklungen. Im Rahmen der 7. Sitzung des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses zu Europol im September 2020 wurde über die sich aus dem Brexit ergebenden Herausforderungen im Hinblick auf die künftige Rolle von Europol und die nicht verhandelbaren EU-Standards bei der künftigen Zusammenarbeit zwischen Europol und dem Vereinigten Königreich diskutiert. Die sich aus dem Brexit ergebenden Herausforderungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität wurden auch auf der interparlamentarischen Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeit von Eurojust im Dezember 2020 erörtert.

Das britische Parlament bzw. die britischen Kammern beteiligten sich 2020 (ab Februar) gemäß den Geschäftsordnungen der verschiedenen interparlamentarischen Konferenzen als stimmberechtigte Beobachter aus einem Drittstaat oder spezielle Gäste an interparlamentarischen Aktivitäten. Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments luden gelegentlich Vertreter des britischen Parlaments ein, wenn dies sachdienlich war. 2020 wurden zahlreiche bilaterale Gespräche mit dem britischen Parlament fortgesetzt, insbesondere mit dem Oberhaus.

#### **iv. Der EU-Haushalt und der Aufbauplan**

Der langfristige Finanzplan für die nächsten sieben Jahre, der MFR 2021-2027, war ein wichtiges Thema, das im Jahr 2020 zusätzlich zum Aufbauplan für Europa als Reaktion auf die Gesundheitskrise und ihre schwerwiegenden Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft geregelt werden musste. Die interparlamentarischen Debatten und Aussprachen widmeten diesem Thema, das 2020 ganz oben auf der Tagesordnung beider Vorsitze stand, viel Zeit. In dem von den Vorsitzenden der COSAC mitunterzeichneten Schreiben des kroatischen Vorsitzes wurden die EU-Organe aufgefordert, den MFR und den Aufbauplan für Europa zeitnah anzunehmen.

Die Mehrzahl der Parlamente begrüßte die historische Einigung über den MFR und den Aufbauplan im Europäischen Rat am 21. Juli 2020. Der Beschluss über das neue Eigenmittelsystem musste von den meisten nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Das Europäische Parlament nutzte im Rahmen der interparlamentarischen Gespräche im Jahr 2020 jede Gelegenheit, um die dringende Notwendigkeit eines reibungslosen Ratifizierungsprozesses in den Mitgliedstaaten hervorzuheben und gleichzeitig seinen eigenen Standpunkt zu verteidigen, dass der MFR nicht wegen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit reduziert werden sollte.

Die Debatten auf der 15. Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPK SWKS) im Oktober 2020 konzentrierten sich auf die wirtschaftlichen Folgen der Krise. Die Parlamente plädierten bei diesen Aussprachen allgemein dafür, dass die nationalen Parlamente nicht nur in die Prüfung, sondern auch in die Festlegung und Annahme der Aufbau- und Resilienzpläne einbezogen werden sollten. Denselben Tenor hatten die COSAC-Debatten.

#### **v. Der ökologische und der digitale Wandel**

Der ökologische und der digitale Wandel in einer sich ändernden Welt sind eine Priorität der Kommission unter dem Vorsitz von Ursula von der Leyen. Die COVID-19-Pandemie hat die Bedeutung der digitalen und ökologischen Ziele der EU noch erhöht und gezeigt, dass digitale und grüne Übergänge sehr schnell vor sich gehen können. Das Europäische Parlament ist ein starker Befürworter dieser EU-Prioritäten und hat sich für eine angemessene Finanzierung eingesetzt, die für ihren Erfolg unabdingbar ist.

Auf der IPK SWKS im Februar 2020 standen auch der Klimawandel und die Rolle im Mittelpunkt, welche die Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU in diesem Zusammenhang spielen kann. Alle Hauptrednerinnen und -redner betonten die Wichtigkeit sofortiger Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.

Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission für den europäischen Grünen Deal, sprach im September 2020 vor den Vorsitzenden der COSAC und ging dabei auf dieses Thema und die damit verbundenen Herausforderungen ein. Er betonte die Bedeutung der Erholungsphase der EU und die entscheidende Funktion der nationalen Parlamente sowohl bei der Umsetzung der Beschlüsse des Europäischen Rates in konkrete Maßnahmen, die einer Ratifizierung durch die nationalen Parlamente bedürfen, als auch bei der Aufstellung nationaler Programme. Er hob ferner hervor, wie wichtig es sei, eine angemessene Mittelausstattung für eine grüne, resiliente und zukunftssichere Wirtschaft und Gesellschaft sicherzustellen.

## **vi. Die Rolle der EU in der Welt: internationale Beziehungen und Multilateralismus – Migration und Asyl**

Die Notwendigkeit, die EU als globalen Akteur zu stärken, wurde im Jahr 2020 noch deutlicher, da sich die EU den vielfachen und vielschichtigen Herausforderungen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, der Bekämpfung des Klimawandels, der Förderung des digitalen Wandels, der Stärkung der gemeinsamen Sicherheitspolitik und des regelbasierten multilateralen Systems sowie des Kampfes gegen jedwede Verschlechterung der demokratischen und Menschenrechtsstandards stellen musste.

Im Rahmen der IPC GASP/GSVP konzentrierte sich der Meinungsaustausch auf die globale Führungsrolle der EU in einem zunehmend komplexen äußeren Umfeld. Der dringende Bedarf an strategischer Koordinierung und einheitlicherem und proaktivem auswärtigen Handeln wurde hervorgehoben. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Situation nach den Wahlen in Belarus gewidmet.

Im November 2020 veranstaltete das Europäische Parlament zum ersten Mal zusammen mit dem Deutschen Bundestag eine Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl. Diese Veranstaltung sollte in Brüssel im Rahmen des gemeinsamen Programms des Dreivorsitzes des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Parlaments stattfinden. Die Konferenz auf hoher Ebene umfasste Grundsatzreden des Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, sowie der Präsidenten des Deutschen Bundestages, der portugiesischen Assembleia da República und der slowenischen Državni zbor.

In den Tagesordnungen der COSAC wurde auch viel Zeit für die Erörterung der Außenpolitik vorgesehen, einschließlich der Rolle der EU in Afrika und der Beziehungen zwischen der EU und den USA, insbesondere mit Blick auf die neue US-Regierung. Viele Parlamentarier schlugen vor, dass das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU in naher Zukunft die Zusammenarbeit und den Dialog mit ihren amerikanischen und afrikanischen Kollegen verstärken sollten. Zugleich wurde darauf hingewiesen, dass es ebenso wichtig ist, in die Stärkung der eigenen strategischen Autonomie der EU und in ihre Fähigkeit zu investieren, in Zukunft effektiv zu handeln.

# 1. INSTITUTIONELLE INTERPARLAMENTARISCHE GREMIEN

## 1.1 Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten (COSAC)

Die COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist insofern einzigartig, als sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den rotierenden Ratsvorsitz innehat, spielt bei der Festlegung der Ausrichtung und der Arbeit der COSAC eine führende Rolle. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im Europäischen Parlament untergebracht ist und von einem von einem nationalen Parlament abgeordneten Beamten geleitet wird („Ständiges Mitglied“). Siehe [www.ipex.eu](http://www.ipex.eu)



Die Sitzung der Vorsitzenden der COSAC in Zagreb am 20./21. Januar 2020, die erste interparlamentarische Veranstaltung im Jahr 2020 und die erste Veranstaltung des kroatischen Vorsitzes, war die einzige COSAC-Veranstaltung, die im Jahr 2020 wie ursprünglich geplant vor Ort und mit physischer Präsenz stattfand. Sie war auch die letzte Sitzung, an der das Vereinigte Königreich als EU-Mitgliedstaat teilgenommen hat.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen die Prioritäten des kroatischen Vorsitzes: „Ein Europa, das sich entwickelt, verbindet, schützt und Einfluss nimmt“. Die Debatte unter den Abgeordneten erstreckte sich auf verschiedene Themen, darunter die Erweiterung, die Migration, der mehrjährige Finanzrahmen und die Konferenz zur Zukunft Europas, die im Mittelpunkt der Plenartagung im Mai 2020 stehen sollte. Vor dem Ausbruch von COVID-19 konzentrierte sich der kroatische Vorsitz auf die neue institutionelle Amtszeit (neues Europäisches Parlament und neue Kommission) und wollte untersuchen, wie die Parlamente ihre Aufsichtsfunktionen wahrnehmen und wie sie mit den verschiedenen EU-Gremien zusammenarbeiten. Dies war der Gegenstand des vom kroatischen Vorsitz vorbereiteten Zweijahresberichts der COSAC.

Im März 2020 wurde klar, dass die durch die COVID-19-Pandemie verursachten Umstände es dem kroatischen Parlament nicht gestatten würden, die 63. COSAC-Plenartagung in Zagreb abzuhalten. Daher wurde die Tagung abgesagt. Der kroatische Vorsitz, der zudem mit den Folgen eines schweren Erdbebens am 22. März 2020 in Zagreb zu kämpfen hatte, das auch die Räumlichkeiten des kroatischen Parlaments in Mitleidenschaft gezogen hatte, organisierte jedoch eine außerordentliche Sitzung der Vorsitzenden der COSAC, die am 16. Juni 2020 mittels Fernteilnahme anstelle der COSAC-Plenartagung stattfand. Im Mittelpunkt der Sitzung standen einerseits die Reaktion der EU auf den COVID-19-Ausbruch und der EU-Haushalt und andererseits die Konferenz zur Zukunft Europas.



Gruppenfoto, Sitzung der Vorsitzenden der COSAC, Zagreb, 20./21. Januar 2020 © Kroatischer Ratsvorsitz

Der deutsche Vorsitz legte den Schwerpunkt zwangsläufig weiterhin auf die Pandemie und die wirtschaftliche Erholung der EU, gab aber auch den künftigen Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich, dem europäischen Grünen Deal, dem digitalen Wandel und der digitalen Souveränität, Fragen der Migration, der Rechtsstaatlichkeit und außenpolitischen Fragen gebührend Raum. Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat lenkten die Diskussion im Rahmen der COSAC hauptsächlich auf die Folgen der COVID-19-Pandemie und die daraus gewonnenen Erkenntnisse, führten aber auch den interparlamentarischen Gedankenaustausch über die Zukunft der EU weiter. Darüber hinaus wurden einige Aussprachen außenpolitischen Themen gewidmet, nämlich den transatlantischen Beziehungen und den Beziehungen der EU zu Afrika. Die während des deutschen Vorsitzes veranstalteten Sitzungen fanden mittels Fernteilnahme statt, d. h. sowohl die Sitzung der Vorsitzenden am 14. September als auch die „Virtuelle COSAC“ am 30. November und 1. Dezember 2020. Der deutsche Vorsitz bestätigte

seine Absicht, im Einvernehmen mit den Parlamenten der COSAC-Mitglieder die Einladungen zu COSAC-Veranstaltungen nur dann auf Drittländer auszudehnen, wenn die zu erörternden Themen diese Länder betrafen. Gleichzeitig brachten viele Abgeordnete ihre allgemeine Zustimmung dazu zum Ausdruck, dass die COSAC Kontakte zu Parlamenten von Drittländern, wie denen der USA und Afrikas, knüpft und Ad-hoc-Treffen mit diesen Parlamenten organisiert.



Virtuelle Konferenz der COSAC, 30. November/1. Dezember 2020, Berlin © Deutscher Ratsvorsitz

Aufgrund der Umstände und der offensichtlichen Schwierigkeiten bei der Aushandlung eines politischen Textes auf telematischem Weg haben weder der kroatische noch der deutsche Vorsitz einen Beitrag der COSAC zur Annahme vorgelegt. Beide Vorsitze richteten jedoch an die Präsidenten bzw. die Präsidentin der drei EU-Organen Schreiben zum Thema der Konferenz zur Zukunft Europas und betonten, wie wichtig es sei, rasch auf die Einrichtung dieser Konferenz hinzuwirken und sicherzustellen, dass den nationalen Parlamenten eine gewichtige Rolle zukommt.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hatte erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise der COSAC, aber insgesamt gelang es sowohl dem kroatischen als auch dem deutschen Vorsitz, unterstützt von der Vorsitz-Troika und dem Europäischen Parlament, mit großem Erfolg, den Prozess am Laufen zu halten und die Fortführung der Arbeit zu gewährleisten, indem sie ihre Arbeitsabläufe an die neue Situation anpassten. Dank dieser Vorgehensweise konnte auch die Annahme der zwei Zweijahresberichte der COSAC im Jahr 2020 sichergestellt werden.

Zudem wurde zum ersten Mal eine beträchtliche Anzahl von zusätzlichen Sitzungen per Fernteilnahme organisiert. Es fanden mehrere informelle Aussprachen der Vorsitzenden der COSAC mit hochrangigen Gesprächspartnern per Videokonferenz statt (mit Michel Barnier, Chefunterhändler für die Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, über den Brexit; mit Věra Jourová, Vizepräsidentin der Kommission, und Kommissar Didier Reynders über die Rechtsstaatlichkeit; und mit Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, über die europäische Industriestrategie und den Wettbewerb). Außerdem konnten die vorbereitenden Sitzungen der Vorsitz-Troika, zum Teil auch dank der von Sitzungen mit Fernteilnahme gebotenen Flexibilität, lange vor den wichtigsten COSAC-Sitzungen und nicht erst am Abend davor organisiert werden. So stand den Mitgliedern der Troika mehr Zeit zur Verfügung, sich über die vom Vorsitz zu treffenden Entscheidungen eingehender auszutauschen. In Bezug auf beide Fälle – die informellen Aussprachen mit hochrangigen Gesprächspartnern und die separaten (oder zusätzlichen) Sitzungen der Vorsitz-Troika – bleibt abzuwarten, ob sie künftig zu einem festen Bestandteil der COSAC werden.

Die Veranstaltungen und Sitzungen der COSAC sind in Anhang I aufgeführt.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Der Meinungsaustausch im Rahmen der COSAC nahm 2020 zu, da mehrere zusätzliche Aussprachen über aktuelle Themen mit hochrangigen Gesprächspartnern (darunter EU-Kommissare und der Chefunterhändler) per Videokonferenz veranstaltet wurden.
- Während die Parlamente der COSAC-Mitglieder ihre Absicht bekräftigten, die Einladungen zu Veranstaltungen nur dann auf Drittländer auszudehnen, wenn die Tagesordnungspunkte diese Länder betreffen, begrüßten die Abgeordneten die Tatsache, dass die COSAC Kontakte zu Parlamenten von Drittländern knüpft und Ad-hoc-Treffen mit diesen Parlamenten organisiert.
- Trotz der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Pandemie in diesem Jahr, gelang es der Delegation des Europäischen Parlaments, enge Beziehungen zu den Parlamenten des EU-Ratsvorsitzes und die Zusammenarbeit innerhalb der Vorsitz-Troika aufrechtzuerhalten.

## 1.2 Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

*Die Leitlinien von Stockholm für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) wurden 2010 angenommen. Darin ist ein jährliches Treffen der Präsidenten vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat zu organisieren ist, der in der zweiten Hälfte des jeweiligen Jahres den Ratsvorsitz innehat, und das während des Frühjahrsratsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Auf dieser Konferenz werden unverbindliche Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes verabschiedet. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten.*

*Die Tagesordnung der EU-PPK wird von der Sitzung der Generalsekretäre der nationalen Parlamente der EU vorbereitet. Siehe [www.ipex.eu](http://www.ipex.eu)*

Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK), die im Mai 2020 in Helsinki, Finnland, stattfinden sollte, wurde wegen der COVID-19-Pandemie abgesagt. Die Veranstaltung der Konferenz mittels Fernteilnahme war kein gangbarer Weg. Die EU-PPK ist ihrem Wesen nach eine Veranstaltung zur Kontakt- und Beziehungspflege auf hoher Ebene. Außerdem waren die technischen Einrichtungen für die Ausrichtung einer mehrsprachigen Konferenz im Frühjahr 2020 noch nicht installiert und in Betrieb.

Es wurde jedoch viel Hintergrundarbeit geleistet, um den Auftrag der vorherigen EU-PPK zu erfüllen.

Die EU-PPK in Wien im April 2019 forderte den finnischen Ratsvorsitz auf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um die in Lissabon beschlossenen Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Die Leitlinien von Lissabon, die einen allgemeinen Rahmen für die interparlamentarische Zusammenarbeit bieten, wurden 2008 vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen. Im Jahr 2019 erwiesen sie sich als mittlerweile veraltet und standen nicht mehr im Einklang mit den Entwicklungen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit, die seitdem stattgefunden hatten.

Die Arbeitsgruppe wurde gebeten, für die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU in Helsinki im Jahr 2020 einen Bericht zu den folgenden Themen zu erstellen:

- technische Anpassung der Leitlinien an die bestehenden Bedingungen, einschließlich einer konsequenteren Verwendung der Verweise auf die Verträge und einer sprachlichen Überarbeitung der Leitlinien insgesamt;
- Aufnahme neuer Konferenzformate in die Leitlinien, darunter die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss für Europol;
- bessere Nutzung moderner Kommunikationsmittel, um die interparlamentarische Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die EU-PPK ersuchte den finnischen Ratsvorsitz außerdem, in geeigneter Weise einen Konsens über die Bewertung von Eurojust auf der interparlamentarischen Ausschusssitzung vorzubereiten, damit die Konferenz der Präsidenten der Parlamente in Helsinki Schlussfolgerungen zu diesen Belangen ziehen konnte.

Der finnische Ratsvorsitz richtete eine technische Arbeitsgruppe auf Mitarbeiterebene ein und übermittelte zwei Entwurfsdokumente an die Sitzung der Generalsekretäre im Januar 2020: den Entwurf der aktualisierten Leitlinien und ein Dokument über moderne Kommunikationsmittel. Der Ratsvorsitz erstellte ferner ein gesondertes Dokument über die interparlamentarischen Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust.

Dem in Wien erteilten Auftrag wurde gewissenhaft Folge geleistet, indem ein Entwurf für die technische und sprachliche Aktualisierung der Leitlinien ausgearbeitet wurde. Die Entwicklungen nach Lissabon, insbesondere neue interparlamentarische Konferenzen sowie die gemeinsame Prüfung und Bewertung im Bereich Justiz und Inneres, werden in kohärenter Weise aufgezeichnet. Der Aufbau des Entwurfs der neuen Leitlinien ist aussagekräftiger. Es wurden Verweise auf Rechtsgrundlagen und Geschäftsordnungen der einzelnen interparlamentarischen Gremien hinzugefügt. Die aktualisierten Leitlinien lassen Raum für weitere Entwicklungen.

Der finnische Ratsvorsitz hat zudem ein Dokument über moderne Kommunikationsmittel vorbereitet, das unter anderem Vorschläge zu Methoden und Mitteln enthält, mit denen die interparlamentarischen Treffen mithilfe von IKT verbessert und belebt werden können. Einige technische Sitzungen (auf Mitarbeiterebene) der Arbeitsgruppe, die das Dokument vorbereitet, könnten teilweise durch Online-Arbeitsinstrumente unnötig gemacht oder durch Videokonferenzen ersetzt werden. Technische Entwicklungen, die sich während der COVID-19-Pandemie vollzogen haben, führen dazu, dass das Dokument in manchen Hinsichten bereits obsolet ist.

Auf der Sitzung der Generalsekretäre im Januar 2020 wurden die Dokumente für die Annahme durch die EU-PPK vorbereitet. Weil die EU-PPK in Helsinki abgesagt wurde, soll der Leitlinienentwurf bei der EU-PPK in Berlin im Jahr 2021 verabschiedet werden.

Fast ein Jahr nach Inkrafttreten der Eurojust-Verordnung im Dezember 2019 hat das Europäische Parlament im November 2020 in Zusammenarbeit mit dem Parlament des Ratsvorsitzes die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zu Eurojust organisiert (siehe Kapitel 3.2.).

Auf der Sitzung der Generalsekretäre in Helsinki wurden auch der Jahresbericht und die Schlussfolgerungen zu IPEX angenommen und über die Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert. Der Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Klaus Welle, hielt eine Grundsatzrede mit dem Titel „Das Europäische Parlament nach der Europawahl 2019“.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Die EU-PPK fand 2020 wegen der Pandemie nicht statt. Doch wurde auf Ebene der Generalsekretäre beträchtliche Hintergrundarbeit geleistet. Es wurden drei Entwurfsdokumente ausgearbeitet: eines zur Aktualisierung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit; eines zu modernen Kommunikationsmitteln; und eines zur interparlamentarischen Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust.

## 2. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZEN (IPK)

### 2.1 Europäische Parlamentarische Woche (EPW), Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (IPK SWKS) und Konferenz zum Europäischen Semester

*Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU (die gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion [Fiskalpakt] eingerichtet wurde) bietet einen Rahmen für Diskussionen und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bei der Umsetzung der einschlägigen Bestimmungen sowie für die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten der EU und dem Europäischen Parlament.*

*Die Konferenz zum Europäischen Semester bietet Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Europäischen Semesters. Darüber hinaus eröffnen sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf nationaler und europäischer Ebene.*

*Gemeinsam bilden diese beiden Konferenzen die Europäische Parlamentarische Woche (EPW), bei der Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der EU zusammenkommen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern. Die beiden Konferenzen haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten und sind konsolidierte Foren für interparlamentarische Debatten in diesen wichtigen Politikbereichen.*

Die vom Europäischen Parlament und dem kroatischen Parlament gemeinsam organisierte EPW 2020 fand am 18./19. Februar 2020 in Brüssel statt. Dies war die neunte Auflage der Konferenz, an der 111 Abgeordnete aus 28 Parlamenten (34 Kammern) von 25 EU-Mitgliedstaaten sowie Beobachter aus Montenegro und Bosnien und Herzegowina und spezielle Gäste aus Norwegen teilnahmen. Die Zahl der Teilnehmer war erneut hoch, was ein Beleg für den Erfolg und die Bedeutung dieser Veranstaltung sowie für das Interesse der nationalen Parlamente an der Debatte und dem Meinungsaustausch über wirtschaftliche, haushaltspolitische und soziale Prioritäten ist.

Zu den Hauptrednern und Diskussionsteilnehmern zählten David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, Gordan Jandroković, Präsident des kroatischen Sabor, Zdravko Marić, Vorsitzender des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN), Mário Centeno, Präsident der Euro-Gruppe, Valdis Dombrovskis, Vizepräsident der Kommission, und Paolo Gentiloni, Kommissar für Wirtschaft.

Die Abgeordneten der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments diskutierten auf der Konferenz zum Europäische Semester unter anderem folgende Themen: die Vollendung der Banken- und der Kapitalmarktunion; die Reform der Architektur der wirtschaftspolitischen Steuerung; die Erhöhung der demokratischen Rechenschaftspflicht der wirtschaftspolitischen Steuerung; sowie die Schaffung des neuen Haushaltsinstruments für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit, die Vorlage eines Vorschlags für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung und die Überprüfung des Rahmens für das Europäische Semester.

Auf die Debatte über das Europäische Semester folgten drei parallele interparlamentarischen Ausschusssitzungen (organisiert von den Ausschüssen BUDG, ECON und EMPL des Europäischen Parlaments<sup>6</sup>), die sich mit einer Reihe von Themen befassten, wie einem internationalen Steuersystem, der Nachhaltigkeit der Finanzen, einer europäischen Kindergarantie, fairen Mindestlöhnen, dem nächsten MFR und neuen Eigenmitteln zur Bewältigung globaler Herausforderungen.

Auf der IPK SWKS im Jahr 2020 ging es zum ersten Mal um die Umwelt. Im Mittelpunkt standen der Klimawandel und die Rolle, welche die Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU in diesem Zusammenhang spielen kann. Alle Hauptredner der ersten Sitzung betonten die Bedeutung sofortiger Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU. Der europäische Grüne Deal würde die treibende Kraft eines neuen Zyklus bedeutender Veränderungen werden. Allerdings sollte er als ein Plan aufgefasst werden, mit dem die europäische Wirtschaft derart umgestaltet wird, dass beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Mitgliedstaaten geschaffen werden. Dies würde erfordern, dass bei den laufenden Verhandlungen über den neuen MFR, der den Mechanismus für einen gerechten Übergang vorsieht, große öffentliche und private Investitionen einkalkuliert werden. Dies waren einige der Aussagen der Teilnehmer.

Eine zweite Sitzung wurde den Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten für ein inklusives Wachstum gewidmet. In zahlreichen Diskussionsbeiträgen wurde geltend gemacht, dass die Europäische Jugendgarantie gestärkt werden sollte, um die Beschäftigung und Eingliederung junger Menschen sowie die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung und die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte an die sich ändernden Anforderungen der Arbeitsmärkte zu fördern. Vorgebracht wurde auch, dass der grüne und digitale Wandel eine große Chance und gleichzeitig eine Bedrohung darstelle und daher angemessene Bildungs- und Ausbildungssysteme geschaffen werden sollten, um das Potenzial dieser Revolution durch die Weiterentwicklung der relevanten Fähigkeiten und Kompetenzen auszuschöpfen. Ein wettbewerbsfähiger Arbeitsmarkt für das 21. Jahrhundert muss nachhaltig und sicher sein sowie inklusives Wachstum schaffen.

Entsprechend dem gewohnten Zeitplan wurde in der zweiten Jahreshälfte, nämlich am 12. Oktober 2020, die 15. IPK SWKS in Berlin abgehalten. Diese Konferenz wurde vom Deutschen Bundestag als Fernkonferenz organisiert. Sie brachte 126 Mitglieder nationaler Parlamente und neun Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen.



Europäische  
Parlamentarische  
Woche, 18./19. Februar  
2020, Europäisches  
Parlament, Brüssel ©  
Europäische Union 2020  
– EP/Emilie GOMEZ

6 Haushaltsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Währung und Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.



Angesichts des COVID-19-Pandemie standen die wirtschaftlichen Folgen der Krise im Mittelpunkt der Debatten. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente hatten Gelegenheit, über die Wechselwirkung zwischen Geld- und Finanzpolitik und die Zukunft der Haushaltsregeln zu diskutieren und einen Beitrag zu einem

zielgerichteten Ansatz für die Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung Europas zu leisten. Die Debatte zeigte das starke Interesse der nationalen Parlamente an einer engen Einbindung in den gesamten Prozess. Alle Abgeordneten, die das Wort ergriffen, betonten, dass der Kompromiss vom Juli historischen Charakter habe, und forderten die Mitgesetzgeber auf, ihn rasch anzunehmen. Aus der Debatte ging auch hervor, wie wichtig es ist, die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament in den Prozess der Festlegung und Annahme der Aufbau- und Resilienzpläne einzubeziehen. Im Leitliniendokument der Kommission wird dieselbe Auffassung vertreten. Die Mitgliedstaaten werden dort ermutigt, ihre Aufbau- und Resilienzpläne frühzeitig zu veröffentlichen, um dem Europäischen Parlament, den anderen Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und der Öffentlichkeit einen Überblick darüber zu ermöglichen, was mit den Aufbau- und Resilienzplänen erreicht werden soll. Mitglieder nationaler Parlamente hoben hervor, dass es wichtig ist, über beträchtliche neue Eigenmittel zu verfügen, um den EU-Haushalt zu stabilisieren und zu stärken.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Im dritten Jahr in Folge wurde das Programm der EPW auf eineinhalb Tage verdichtet, indem die Konferenz zum Europäischen Semester mit der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU zusammengelegt wurde. Darüber hinaus befasste man sich diesmal stärker mit der Umweltproblematik, wobei der Schwerpunkt auf dem Klimawandel und seiner wachsenden Rolle in der Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitik der EU lag.

## 2.2 Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP)

*Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPK GASP/GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU geschaffen wurde, ist die interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Abgeordneten aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem essenziell wichtigen Politikbereich ergänzt wird.*

Im Jahr 2020 fand die 16. Sitzung der IPK GASP/GSVP in Zagreb (2. - 4. März) mit physischer Präsenz statt, während die 17. Sitzung in Berlin (4. September) mit Fernteilnahme organisiert wurde. Die Delegationen des Europäischen Parlaments bestanden bei beiden Sitzungen aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und wurden vom Vorsitzenden des AFET-Ausschusses, David McAllister, geleitet.

82 Abgeordnete der nationalen Parlamente der EU nahmen an der IPK GASP/GSVP in Zagreb teil. Im Gefolge der Reformvorschläge des Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments bei der vorherigen IPK im September 2019 in Helsinki führte der kroatische Ratsvorsitz zwei Neuerungen ein, die dazu beitrugen, Dynamik und Relevanz der IPK zu erhöhen. Der kroatische Ratsvorsitz kehrte zu der früheren Praxis zurück, die Schlussfolgerungen von allen Delegationen verabschieden zu lassen. Außerdem führte er eine „Dringlichkeitsdebatte“ in die Tagesordnung ein, die es den Delegationsleitern gestattet, ein Thema auf der Grundlage der jüngsten Entwicklungen auszuwählen. So können die Delegationen Einfluss auf die Tagesordnung nehmen und während der Konferenz auf aktuelle Ereignisse reagieren.



Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, 2.–4. März 2020, Zagreb © Kroatischer Ratsvorsitz

Die Konferenz war in drei Sitzungen aufgegliedert: Globale Herausforderungen für ein resilientes und einflussreiches Europa; Westlicher Balkan; und Stärkung der europäischen Verteidigungszusammenarbeit und -industrie.

Zusätzlich wurden drei Workshops veranstaltet:

- Die Östliche Partnerschaft nach 2020;
- SSZ: das Problem der Kohärenz der Verteidigungsinitiativen der EU und die Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente;
- Frauen, Frieden, Sicherheit.

In ihren Schlussfolgerungen wiesen die Teilnehmer der IPK auf die Bedeutung der globalen Führungsrolle der EU in einem zunehmend komplexen äußeren Umfeld hin. Sie stimmten darin überein, dass ein dringender Bedarf an strategischer Koordinierung und einheitlicherem und proaktivem auswärtigen Handeln besteht. Sie hoben hervor, dass es wichtig ist, eine angemessene Mittelausstattung aufrechtzuerhalten, um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen. Darüber hinaus begrüßten sie die Zusagen der Kommission hinsichtlich der Beitrittsperspektive der Länder des westlichen Balkans und wiesen darauf hin, dass die EU die Demokratisierung weiter fördern und Unterstützung bei der Bekämpfung des Klimawandels und anderen Sicherheitsbedrohungen leisten muss.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2020 nahmen 121 Abgeordnete der nationalen Parlamente der 27 EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments an der mittels Fernteilnahme in Berlin veranstalteten IPK GASP/GSVP teil. Auch fünf parlamentarische Delegationen aus Nicht-EU-Ländern nahmen an der Konferenz teil.

In der ersten Konferenzrunde diskutierten die Teilnehmer mit Josep Borrell Fontelles, dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidenten der Kommission, der in Kairo (Ägypten) Gespräche mit Vertretern der ägyptischen Regierung und der Arabischen Liga geführt hatte, über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragen. Es wurde ein breites Themenspektrum angesprochen. Die Debatte war jedoch hauptsächlich von der Situation nach den Wahlen in Belarus geprägt. In der zweiten Konferenzrunde erörterten die Abgeordneten die Wege zu einer Europäischen Verteidigungsunion und die strategische Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Dr. Ronja Kempin von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP<sup>7</sup>) steckte mit einer Einführungsrede den Rahmen für die Debatte ab.

In ihrer Schlusserklärung bekräftigten die Ko-Vorsitzenden David McAllister und Dietmar Nietan (Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments bzw. der deutschen Delegation), dass eine sowohl in organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht stärkere und effektivere EU-Außen- und Sicherheitspolitik vonnöten ist, insbesondere während die COVID-19-Pandemiekrise. Zudem wurde in der Erklärung die Besorgnis über die Lage im östlichen Mittelmeerraum, im Libanon, in der Türkei und in Libyen, über den Fall von Alexei Navalny und über die Beziehungen der EU zu China und zur NATO zum Ausdruck gebracht. Es wurde darauf hingewiesen, dass die verfügbaren Instrumente effektiver genutzt werden müssen, dass die Mitgliedstaaten vereinheitlichte EU-Standpunkte priorisieren sollten und dass die ehrgeizigen Ziele der EU mit einem angemessenen Engagement im Hinblick auf die Entscheidungsfindung erreicht werden müssen.

---

7 Stiftung Wissenschaft und Politik.

David McAllister,  
Vorsitzender des  
Ausschusses für auswärtige  
Angelegenheiten des  
Europäischen Parlaments,  
und Josep Borrell Fontelles,  
Hoher Vertreter der  
Union für Außen- und  
Sicherheitspolitik, halten  
einen Vortrag auf der  
Interparlamentarischen  
Konferenz zur  
Gemeinsamen Außen- und  
Sicherheitspolitik und zur  
Gemeinsamen Sicherheits-  
und Verteidigungspolitik,  
Videokonferenz, 4.  
September 2020 ©  
Deutscher Ratsvorsitz



### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Die Aufnahme der „Dringlichkeitsdebatte“ in die Tagesordnung ermöglicht es den Delegationsleitern, ein Thema auszuwählen und die Gelegenheit zu nutzen, auf aktuelle Ereignisse während der IPK zu reagieren, um ihre Dynamik und Relevanz im Hinblick auf außenpolitische Entwicklungen zu erhöhen.
- Erfolgreiche Entwicklung des Remote-Formats der IPK, bei dem Abgeordnete und Mitarbeiter nationaler Parlamente in ganz Europa in Echtzeit über das Internet miteinander verbunden werden. Dies könnte ein nützliches Instrument für künftige Veranstaltungen sein, als Ergänzung zu Präsenzsitzungen.

## 3. INTERPARLAMENTARISCHE KONTROLLE IM RAUM DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

### 3.1 Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol

Artikel 88 AEUV erlaubt es den nationalen Parlamenten erstmals, gemeinsam mit dem Europäischen Parlament eine EU-Agentur zu kontrollieren, die im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts tätig ist. Auf der Grundlage der Europol-Verordnung<sup>8</sup> wurde 2017 der Gemeinsame parlamentarische Kontrollausschuss (GPKA) für Europol eingerichtet, um sicherzustellen, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Die Hauptaufgaben des GPKA sind in Artikel 51 der [Europol-Verordnung](#) festgelegt, in dem seine Rolle bei der politischen Überwachung der Tätigkeiten von Europol unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen dieser Tätigkeiten auf die Grundrechte und Grundfreiheiten natürlicher Personen definiert ist.

Der GPKA ist ein innovativer institutioneller Rahmen für die parlamentarische Kontrolle. Er hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: in der ersten Jahreshälfte beim Parlament des Landes, das den rotierenden Vorsitz im Rat der EU innehat, und in der zweiten Jahreshälfte beim Europäischen Parlament.



Als Reaktion auf die Pandemie wurden neue und flexible Formate für die sechste und siebte Tagung des GPKA entwickelt, damit er seine Kontrolltätigkeit ohne Unterbrechung fortführen konnte.

Die sechste Tagung wurde abgesagt und durch einen schriftlichen elektronischen Informationsaustausch ersetzt. Im Bemühen, das reibungslose Funktionieren des GPKA sicherzustellen und allen seinen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich uneingeschränkt an seiner Arbeit zu beteiligen, wurden alle ursprünglich zur Teilnahme an der Tagung des GPKA in Zagreb eingeladenen Hauptredner gebeten, den Mitgliedern die schriftlichen Berichte und Einreichungen zur Verfügung zu stellen, die auf der Tagung vorgelegt werden sollten.

Es gingen Beiträge vom Exekutivdirektor von Europol, der EU-Kommissarin für Inneres, dem Verwaltungsrat von Europol, dem Europäischen Datenschutzbeauftragten und dem Europol-Kooperationsausschuss ein. Die Delegierten des GPKA wurden gebeten, weitere Anfragen nach Klärung oder Informationen zu übermitteln. Diese zusätzlichen Ersuchen um Information wurden dann von den Hauptrednern zusammengefasst beantwortet. Die Berichte und Einreichungen wurden per E-Mail verteilt und im Bereich des GPKA auf der IPEX-Website sowie auf der Website der Parlamentarischen Dimension des kroatischen Ratsvorsitzes veröffentlicht. Das Ergebnis dieses aktiven elektronischen Austauschs wurde auf der 7. Tagung des GPKA vom Leiter der kroatischen Delegation in einem Bericht dargelegt. Die Delegierten erachteten den Austausch trotz der ihm innewohnenden Einschränkungen als sehr erfolgreich und nützlich.

<sup>8</sup> Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol).



Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses und des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, Videokonferenz des Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol © Europäische Union 2020 – EP/Daina LE LARDIC

Das Europäische Parlament nahm die Organisation interparlamentarischer Sitzungen wieder auf und veranstaltete die 7. Tagung des GPKA für Europol von Brüssel aus als Ferntagung. Die Pandemie hatte Auswirkungen sowohl auf ihren Inhalt als auch auf ihre Form. Die vom Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag gemeinsam organisierte Tagung fand am 28./29. September 2020 in Brüssel statt. Den Ko-Vorsitz hatten López Aguilar, Vorsitzender des LIBE-Ausschusses und Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments, Susanne Mittag, Leiterin der Delegation des Deutschen Bundestags und Boris Pistorius, Leiter der Delegation des Deutschen Bundesrats. Die persönliche Anwesenheit im Europäischen Parlament war nur für die Mitglieder der Delegation des LIBE-Ausschusses im GPKA vorgesehen.

Nur die wichtigsten regulären Tagesordnungspunkte, die sich aus Artikel 51 der Europol-Verordnung ergeben, wurden aufgerufen und eingehend erörtert: der Bericht des Exekutivdirektors von Europol über die letzten Tätigkeiten der Agentur und der Bericht des Europäischen Datenschutzbeauftragten. Die Präsentationen konzentrierten sich insbesondere auf die durch die COVID-19-Krise bedingten Herausforderungen, da die kriminellen Aktivitäten während der Pandemie stark zugenommen haben.

In Anbetracht der technischen und zeitlichen Einschränkungen im Zusammenhang mit Hygienemaßnahmen entfiel die Debatte nach der Präsentation des Mehrjährigen Programmplanungsdokuments 2021-2023. Stattdessen erfolgte anschließend ein schriftlicher Austausch mit der Agentur über dieses wichtige Thema, das im Mittelpunkt der Kontrollfunktion des GPKA steht. Die Vorsitzenden des Verwaltungsrats von Europol und des Europol-Kooperationsausschusses mussten nur schriftliche Beiträge übermitteln.

Die themenspezifische Debatte drehte sich um die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Terrorismus. Zudem gab es eine Sitzung über die künftige Rolle von Europol und die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Brexit.

Auf die Präsentationen folgten lebhaft Debatten, in denen proaktive und konstruktive Lösungen gefordert wurden. Einige der aufgeworfenen Fragen waren komplex und die Zeit war begrenzt. Die die Fragen beantwortenden Hauptredner versprachen jedoch, den Dialog über diese Belange fortzusetzen. Zu den hochrangigen Rednerinnen und Rednern gehörten die Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, und der deutsche Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer.

In der Debatte über den Brexit meldeten sich Mitglieder des britischen Unter- und Oberhauses kurz zu Wort.

Die Delegierten wurden über den Beschluss der Troika informiert, vorbehaltlich einer möglichen weiteren Überarbeitung der Geschäftsordnung des GPKA, eine Arbeitsgruppe zu offenen Fragen einzurichten<sup>9</sup>. Das Mandat der Arbeitsgruppe würde sich darauf beschränken, einvernehmliche Lösungen für die Frage des Vertreters des GPKA bei den Sitzungen des Verwaltungsrats von Europol und der Revisionsklausel in der Geschäftsordnung zu finden.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Gewährleistung der Fortführung der Arbeit des GPKA für Europol: Unbelastet von Verfahrensdiskussionen bestätigte der GPKA im Jahr 2020, dass er ein anspruchsvoller und engagierter Partner ist, der sich für die Unterstützungen der Bemühungen der Agentur um eine solide Strafverfolgung einsetzt.
- Anpassung der Tagesordnungen, um neuesten Entwicklungen (Pandemie, Brexit) Rechnung zu tragen: Entwicklung geeigneter Formate für Aussprachen und Fernsitzungen und Sicherstellung ordnungsgemäßer Follow-ups.

---

<sup>9</sup> Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe fand am 10. Dezember 2020 mit Fernteilnahme statt.

### 3.2 Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust

Seit der Einrichtung von Eurojust im Jahr 2002 wurde die Agentur zu einem wichtigen Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Gemäß Artikel 85 AEUV müssen durch die EU-Verordnungen zur Regelung von Eurojust „die Einzelheiten für die Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente an der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust festgelegt“ werden. 2018 haben das Europäische Parlament und der Rat eine neue [Verordnung über Eurojust<sup>10</sup>](#) angenommen, um einen einheitlichen und erneuerten Rechtsrahmen für eine neue vollwertige Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) zu schaffen.

Um die Transparenz und die demokratische Kontrolle von Eurojust zu verbessern, sieht die Verordnung einen Mechanismus für die gemeinsame Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der EU vor<sup>11</sup>. Die Bewertung sollte in einer interparlamentarischen Ausschusssitzung erfolgen, die vom Europäischen Parlament in seinen Räumlichkeiten in Brüssel veranstaltet wird und an der die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente der EU teilnehmen.

Die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeit von Eurojust wurde am 1. Dezember 2020 beim Europäischen Parlament in Brüssel abgehalten. Fast ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Eurojust-Verordnung am 12. Dezember 2019 lud der LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag die nationalen Parlamente zur ersten Jahressitzung ein. Die durch die COVID-19-Pandemie bedingten rechtlichen und logistischen Probleme



Erste Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust, 1. Dezember 2020, Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel © Europäische Union 2020 – EP

sowie andere relevante Entwicklungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit, beispielsweise in Bezug auf Radikalisierung, Terrorismus und Cyberkriminalität, waren weitere zwingende Gründe, die interparlamentarische Ausschusssitzung abzuhalten.

Die per Fernteilnahme organisierte Sitzung wurde vom Vorsitzenden des LIBE-Ausschusses, Juan Fernando López Aguilar, geleitet und umfasste drei Sitzungsrunden mit daran anschließenden Fragerunden. Behandelt wurden die aktuellen und künftigen Tätigkeiten von Eurojust, insbesondere im Zusammenhang mit der aktuellen Pandemie; die künftige Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der neu geschaffenen Europäischen Staatsanwaltschaft; die Zusammenarbeit mit Drittländern; und die sich aus dem Brexit ergebenden Herausforderungen im Hinblick auf die Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität. Einer der hochrangigen Redner war Didier Reynders, Kommissar für Justiz.

10 Verordnung (EU) 2018/1727 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 betreffend die Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) und zur Ersetzung und Aufhebung des Beschlusses 2002/187/JI des Rates (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 138).

11 Diese Vorkehrungen werden in Erwägungsgrund 62 und in Artikel 67 der Verordnung (EU) 2018/1727 zur Sprache gebracht.

Als jüngste Erweiterung des Spektrums der interparlamentarischen Kontrolltätigkeiten im Bereich Justiz und Inneres, verspricht dieses Forum, ein Bündnis zwischen konstruktiven und engagierten Partnern zu schmieden, die das gemeinsame Ziel verfolgen, die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und Europa sicherer zu machen.



Juan Fernando López Aguilar, Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, übernimmt den Vorsitz der Interparlamentarischen Ausschusssitzung zu Eurojust  
© Europäische Union 2020 – EP/Alexis HAULOT

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Die Einführung der interparlamentarischen Ausschusssitzung zu Eurojust im Jahr 2020, fast ein Jahr nach dem Inkrafttreten der Eurojust-Verordnung und trotz der Pandemie, war eine wichtige Errungenschaft. Das Dokument des finnischen Ratsvorsitzes über ein gemeinsames Verständnis der interparlamentarischen Ausschusssitzung und die auf der Sitzung der Generalsekretäre der Parlamente der EU erzielten Fortschritte veranlassten das Europäische Parlament, zusammen mit dem Deutschen Bundestag die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust in einem geeigneten technischen Format zu organisieren.

### 3.3 Die Europäische Grenz- und Küstenwache

*Die neue Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache<sup>12</sup>, die 2018 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und 2019 angenommen wurde, ist ein wichtiger Bestandteil des umfassenden Ansatzes der EU für Migration und Grenzmanagement. Die Verordnung zielt darauf ab, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migration und potenziellen künftigen Bedrohungen an den Außengrenzen anzugehen und ein hohes Maß an innerer Sicherheit und gleichzeitig den freien Personenverkehr innerhalb der Union zu gewährleisten.*

Die interparlamentarische Zusammenarbeit bei der Kontrolle der Europäischen Grenz- und Küstenwache ist die jüngste Entwicklung in den parlamentarischen Beziehungen im Bereich Justiz und Inneres. Die Europäische Grenz- und Küstenwache setzt sich aus nationalen Behörden und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache zusammen. Die nationalen Parlamente haben die Kontrollbefugnis über die zuständigen nationalen Behörden, die ihnen von den nationalen Verfassungssystemen der Mitgliedstaaten übertragen wurde. Das Europäische Parlament ist im Einklang mit den Verträgen für die Kontrolle der Europäischen Agentur für die Kontrolle der Grenz- und Küstenwache zuständig.

In Artikel 112 der Verordnung (EU) 2019/1896, der die interparlamentarische Zusammenarbeit betrifft, heißt es:

- „1. Um dem besonderen Charakter der Europäischen Grenz- und Küstenwache, die sich aus nationalen Behörden und der Agentur zusammensetzt, Rechnung zu tragen und um sicherzustellen, dass das Europäische Parlament gegenüber der Agentur und die nationalen Parlamente gegenüber ihren jeweiligen nationalen Behörden die ihnen durch die Verträge bzw. das nationale Recht übertragenen Kontrollfunktionen wirksam ausüben können, können das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente im Rahmen von Artikel 9 des dem EUV und dem AEUV beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union zusammenarbeiten<sup>[13]</sup>.*
- 2. Auf Einladung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente im Zusammenhang von Absatz 1 nehmen der Exekutivdirektor und der Vorsitz des Verwaltungsrats an diesbezüglichen Sitzungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente teil.*
- 3. Die Agentur übermittelt ihren jährlichen Tätigkeitsbericht den nationalen Parlamenten.“*



© Europäische Kommission

Die für die Europäische Grenz- und Küstenwache geplante interparlamentarische Zusammenarbeit hat einen anderen und engeren Anwendungsbereich als der GPKA für Europol oder die interparlamentarischen Ausschusssitzungen für die Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust. Umfang und Art der verschiedenen Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres sind sehr unterschiedlich. Durch praktische Vorkehrungen, die auf die Besonderheiten jedes Mandats abgestimmt sind, wird sichergestellt,

12 [Verordnung \(EU\) 2019/1896 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2019 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen \(EU\) Nr. 1052/2013 und \(EU\) 2016/1624 \(ABl. L 295 vom 14.11.2019, S. 1\).](#)

13 Artikel 9 des den Verträgen beigefügten Protokolls Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union lautet: „Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Union gestaltet und gefördert werden kann.“

dass die Kontrollbestimmungen im Einklang mit den von den Mitgesetzgebern beabsichtigten Auswirkungen vollständig durchgesetzt werden.

**Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Wegen der Pandemie konnten keine die Europäische Grenz- und Küstenwache betreffenden Veranstaltungen stattfinden.

## 4. INTERPARLAMENTARISCHE AUSSCHUSSSITZUNGEN UND SONSTIGE INTERPARLAMENTARISCHE ZUSAMMENARBEIT

### 4.1 Interparlamentarische Ausschusssitzungen

*Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind die vom Europäischen Parlament normalerweise genutzte Art von Sitzungen für einen gezielten Austausch zwischen Fachausschüssen zu wichtigen rechtlichen und politischen Fragen gemäß Artikel 9 und 10 des den Verträgen beigefügten Protokolls Nr. 1. Der Präsident des Europäischen Parlaments übermittelt den Präsidenten aller nationalen Parlamente jedes Semester den Kalender der interparlamentarischen Ausschusssitzungen.*

*Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments organisieren jährlich bis zu 20 interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU einladen, um gezielte Aussprachen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen haben sich als geschätztes Mittel für die Mitglieder des Europäischen Parlaments erwiesen, um einen Meinungs austausch mit ihren nationalen Kollegen zu führen. Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind nicht nur ein Forum für den Austausch über legislative Fragen und tragen damit zu einer besseren Rechtsetzung bei; sie sind vielmehr auch eine Plattform für die Erörterung politischer Fragen von gemeinsamem Interesse und für Treffen mit Kommissionsmitgliedern und dem Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidenten der Kommission. Interparlamentarische Ausschusssitzungen werden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments mit Unterstützung der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gemeinsam organisiert.*

**BETTER LAW MAKING FROM A DIGITAL PERSPECTIVE**

TUESDAY, 27 OCTOBER 2020  
13.45 - 15.45 CET

MEETING ROOM:  
ANTAL1 302 AND  
REMOTE PARTICIPATION

EUROPEAN PARLIAMENT,  
BRUSSELS

Law

**JURICM**

CHAIR:  
Adrián Vázquez Lázara  
Chair of the Committee on Legal Affairs

Interparliamentary  
Committee  
Meeting

European Parliament  
National Parliaments

With the support of the Directorate for  
Relations with National Parliaments  
and the Policy Department for External  
Rights and Constitutional Affairs

**THE FIRST ANNUAL RULE OF LAW REPORT BY THE COMMISSION AND THE ROLE OF NATIONAL PARLIAMENTS**

THURSDAY, 20 NOVEMBER 2020  
14.15 TO 15.45  
AND 16.45 TO 18.40

REMOTE PARTICIPATION

EUROPEAN PARLIAMENT,  
BRUSSELS

**LIBE ICM**

CHAIR: BY  
Rosa Fernández López AGUIRRE,  
Chair of the Committee on Civil Liberties,  
Justice and Home Affairs of the European Parliament

Interparliamentary  
Committee  
Meeting

European Parliament  
National Parliaments

With the support of the Directorate for  
Relations with National Parliaments  
and the Policy Department for External  
Rights and Constitutional Affairs

© Europäisches Parlament

Im Jahr 2020 wurden von sechs verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen insgesamt sieben interparlamentarische Ausschusssitzungen gemeinsam organisiert, bei denen 302 Abgeordnete nationaler Parlamente und 177 Mitgliedern des Europäischen Parlaments zur Debatte zusammentrafen.

Im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche (EPW) wurden drei interparlamentarische Ausschusssitzungen zu den Themen Wirtschaft, Haushalt und Beschäftigung organisiert. Da die EPW im Februar veranstaltet wurde, waren dies die einzigen interparlamentarischen Ausschusssitzungen im Jahr 2020, bei denen die Abgeordneten der nationalen Parlamente persönlich anwesend sein konnten<sup>14</sup>.

Die für den 5. März geplante interparlamentarische Ausschusssitzung zum Internationalen Frauentag wurde wegen der COVID-19-Pandemie abgesagt. Dieser Anlass war auch als Feier zum 25. Jahrestag der Deklaration von Peking und der Aktionsplattform ins Auge gefasst worden.

Die anderen für das erste Semester 2020 geplanten interparlamentarischen Ausschusssitzungen wurden ebenfalls verschoben oder gestrichen<sup>15</sup>. Im zweiten Semester wurden die interparlamentarischen Ausschusssitzungen per Fernteilnahme abgehalten<sup>16</sup>.

Der Rechtsausschuss (JURI) des Europäischen Parlaments beteiligte sich an der Organisation einer interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „Bessere Rechtsetzung aus einer digitalen Perspektive“ am 27. Oktober. Im Mittelpunkt dieser Sitzung standen die Rolle der Digitalisierung im Rechtsetzungsverfahren und die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass neue Rechtsvorschriften aktuellen Anforderungen gerecht werden.

Am 10. November veranstaltete der LIBE-Ausschuss eine interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Der erste Jahresbericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit und die Rolle der nationalen Parlamente“, an der Didier Reynders, Kommissar für Justiz, teilnahm. Diese Sitzung war dem Austausch von Ansichten und Erfahrungen über die Rolle der nationalen Parlamente im Zusammenhang mit den Bemühungen der EU um den Schutz und die Durchsetzung der Werte der Union gewidmet. Ein weiterer Zweck dieser Sitzung war die Bewertung des ersten Jahresberichts über die Rechtsstaatlichkeit, den die Kommission am 30. September 2020 angenommen hatte. Die Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte wurden ebenfalls erörtert, mit besonderem Schwerpunkt auf der durch die nationalen Parlamente in dieser Zeit ausgeübten Kontrolle.

Am 1. Dezember 2020 veranstaltete der LIBE-Ausschuss die erste interparlamentarische Ausschusssitzung zur Bewertung von Eurojust<sup>17</sup>.

---

14 Mehr Informationen zur EPW finden sich in Kapitel 2.1.

15 [Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2020: Erstes Semester \(https://europarl.europa.eu/cmsdata/232558/Calendar\\_1st\\_semester\\_2020\\_-\\_COP\\_adopted\\_marked\\_030620\\_\(003\).pdf\)](https://europarl.europa.eu/cmsdata/232558/Calendar_1st_semester_2020_-_COP_adopted_marked_030620_(003).pdf).

16 [Kalender der interparlamentarischen Aktivitäten mit nationalen Parlamenten im Jahr 2020: Zweites Semester \(https://europarl.europa.eu/cmsdata/232557/Calendar\\_2nd\\_semester\\_2020\\_updated\\_18November.pdf\)](https://europarl.europa.eu/cmsdata/232557/Calendar_2nd_semester_2020_updated_18November.pdf).

17 Mehr Informationen dazu finden sich in Kapitel 3.2.



Interparlamentarische Ausschusssitzung zu Eurojust, 1. Dezember 2020, Brüssel – Videoschaltung zu Emma Bonino vom italienischen Senat © Europäisches Parlament

Der AFET-Ausschuss veranstaltete am 2. Dezember eine interparlamentarische Ausschusssitzung, an der Olivér Várhelyi, Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, teilnahm. Diese Sitzung hatte zwei Teile: Der erste Teil war dem Thema „Westbalkan – 25 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton“ gewidmet und der zweite Teil dem Thema „Eine gemeinsame Antwort der EU zur Unterstützung des demokratischen Wandels in Belarus“.

Die Beteiligung der Abgeordneten der nationalen Parlamente an den interparlamentarischen Ausschusssitzungen stieg von 232 Abgeordneten im Jahr 2019 auf 302 im Jahr 2020 an. Auch bei der Beteiligung der Mitglieder des Europäischen Parlaments war ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die höhere Beteiligung scheint größtenteils durch die neuen Einrichtungen für die Fernteilnahme an den Sitzungen ermöglicht worden zu sein, dank denen keine Anreise nötig war. Dies könnte zu weiteren Überlegungen im Hinblick auf die Organisation von interparlamentarischen Ausschusssitzungen in der Zeit nach COVID-19 anregen.

Eine Liste aller interparlamentarischen Ausschusssitzungen, die die Ausschüsse des Europäischen Parlaments 2020 organisiert haben, sowie detailliertere Statistiken enthält Anhang II.



Interparlamentarische Ausschusssitzung zur Europäischen Kindergarantie mit dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, 18. Februar 2020, Brüssel © Europäische Union 2020 – EP/ Didier BAUWERAERTS

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- 2020 wurden die für das erste Semester geplanten interparlamentarischen Ausschusssitzungen gestrichen oder verschoben, und nur drei wurden vor dem Ausbruch der Pandemie organisiert. Im zweiten Semester wurden sie per Fernteilnahme abgehalten.
- Die Beteiligung der nationalen Abgeordneten an den interparlamentarischen Ausschusssitzungen nahm erheblich zu, sehr wahrscheinlich dank der Möglichkeit, aus der Ferne teilzunehmen.

## 4.2 Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl

*Flüchtlingsbewegungen und Migration stehen im Mittelpunkt der weltweiten Aufmerksamkeit und wurden in den letzten Jahren als eine der größten Herausforderungen für die EU angesehen. Durch die anhaltende Ankunft von Migranten und Asylbewerbern in der EU wurde eine Reihe von Mängeln und Schwachstellen der EU-Politik im Bereich Asyl, Außengrenzen und Migration deutlich. Ziel dieser Konferenz auf hoher Ebene war es, eine parlamentarische Diskussion einzuleiten und einen breiten Dialog über alle Aspekte der Migration zu fördern.*

Die Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags luden die Mitglieder der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zu einer Konferenz auf hoher Ebene zu Migration und Asyl ein, die am 19. November 2020 beim Europäischen Parlament in Brüssel unter der Schirmherrschaft sowohl des Europäischen Parlaments als auch der Präsidentin der Kommission stattfand. Diese Konferenz, an der fast 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer teilnahmen, wurde gemeinsam von dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag in Zusammenarbeit mit dem portugiesischen und dem slowenischen Parlament (den beiden anderen Parlamenten des Dreiervorsitzes) organisiert.

Eröffnet wurde die Konferenz mit Grundsatzreden des Präsidenten des Europäischen Parlaments, David Sassoli, der Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, des Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble, des Präsidenten des portugiesischen Parlaments, Eduardo Ferro Rodrigues, und des Präsidenten des slowenischen Parlaments, Igor Zorčič.



David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments © Europäische Union 2020 – EP/Daina LE LARDIC

Auf der Konferenz auf hoher Ebene kamen führende Politiker, politische Entscheidungsträger und Fachleute zusammen und sprachen über die Aufteilung der Verantwortung unter den Mitgliedstaaten, den Schutz der Außengrenzen, die Behebung der Migrationsursachen sowie die Sicherstellung eines stabilen, von Wohlstand geprägten sozioökonomischen Umfelds in Nicht-EU-Ländern. Das neue Asyl- und Migrationspaket sieht vor, die Erfordernisse, die Flüchtlinge aufzunehmen, Menschenhändler zu bekämpfen und die Integration und angemessene Behandlung aller sicherzustellen, auch derjenigen, die nicht in Europa bleiben dürfen, in ausgewogener Weise zu berücksichtigen. Mehrere Redner wiesen darauf hin, dass die Migration ein globales Phänomen ist, auf das die EU unter Wahrung ihrer Grundwerte reagieren muss. Die Teilnehmer begrüßten das neue Paket, an das sie hohe Erwartungen knüpfen, da das aktuelle Asylsystem in den letzten Jahren zu viele Schwächen offenbart hat. In ihren Diskussionsbeiträgen gaben die Mitglieder ihrer Hoffnung Ausdruck, dass es der EU gelingt, unter Berücksichtigung der Situation jedes Mitgliedstaats einen wirksamen gemeinsamen Rahmen zu schaffen. Sie machten geltend, dass die Transitländer nicht mit dem Management einer großen Zahl von Flüchtlingen und Migranten allein gelassen werden sollten, und dass das neue EU-Migrations- und Asylsystem im Einklang mit bestimmten Grundsätzen entwickelt werden sollte, damit es sich als wirksam erweist. In manchen Diskussionsbeiträgen wurde die Notwendigkeit angesprochen, die Verantwortung für die Aufnahme der Personen, die Prüfung von Asylanträgen und die Aufnahme von Flüchtlingen sowie die Durchführung der Rückführung gerecht aufzuteilen. Dies impliziert eine verstärkte Verpflichtung zur Umsiedlung von Flüchtlingen innerhalb der Union und zur Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Drittländern. In der Debatte wurde auch eine stärker zwischen Polizei und Justizdiensten koordinierte Vorgehensweise gefordert, um die Netzwerke krimineller Schlepper zu zerschlagen, für die ein Menschenleben nur so viel wert ist, wie der Preis, der ihnen gezahlt wird. Ein weiterer von den Teilnehmern genannter Aspekt war die Öffnung legaler Kanäle für die Einwanderung, um den Bedarf der Arbeitsmärkte in der alternden Gesellschaft der EU zu decken. Drei Wörter wurden in den Debatten immer wieder genannt: Menschlichkeit, Solidarität und Verantwortung.

In der Abschlusssitzung gaben David Sassoli und Wolfgang Schäuble, die Präsidenten der Parlamente, die die Konferenz gemeinsam organisiert hatten, ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die EU bereit zur Zusammenarbeit ist und ihre Maßnahmen im Bereich Migration und Asyl auf die nächste Stufe hebt. Der Präsident des portugiesischen Parlaments, Ferro Rodrigues, erbat ein Follow-up zu diesen wichtigen Themen bei der zweiten Konferenz auf hoher Ebene, die 2021 unter dem portugiesischen Ratsvorsitz veranstaltet werden sollte.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Das Ziel der Konferenz auf hoher Ebene, eine interparlamentarische Debatte über alle Aspekte der Migration einzuleiten, wurde erreicht. Künftige Konferenzen auf hoher Ebene zu diesem Thema werden Bestandteil der interparlamentarischen Agenda für 2021 sein.

### 4.3 Interparlamentarische Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU und multilaterale parlamentarische Versammlungen

*Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat regelmäßig Unterstützung geleistet und die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten der EU im Bereich des auswärtigen Handelns der EU bei spezifischen parlamentarischen Versammlungen und Veranstaltungen gefördert. Im Jahr 2020 gab es in diesem Bereich keine großen politischen Veranstaltungen. Allerdings übernahm das Europäische Parlament den Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum unter der Leitung von Präsident Sassoli, und verfolgt dabei das Ziel, deren Aktivitäten nach langem Stillstand wieder neuen Schwung zu verleihen. Durch die Annahme des „neuen Ansatzes“ und die Aufnahme von Verhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien wurden dem Erweiterungsprozess in den Ländern des Westbalkans neue Impulse verliehen. Im Jahr 2020 bot sich die Gelegenheit, einen Rahmen für die Zusammenarbeit auf Mitarbeiterebene in verschiedenen Bereichen des auswärtigen Handelns der EU auszuarbeiten, insbesondere in den Bereichen Demokratieförderung und Kapazitätsaufbau, parlamentarische Diplomatie und multilaterale Foren.*

Die Zusammenarbeit im Bereich des auswärtigen Handelns der EU ist seit vielen Jahren Bestandteil der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU, und geht über den konsolidierten Austausch im Rahmen der GASP/GESVP hinaus. Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten bot ihre Unterstützung und ihr Fachwissen immer dann an, wenn die politischen Instanzen des Europäischen Parlaments an multilateralen Foren und Veranstaltungen mit den nationalen Parlamenten teilnahm. Zu diesen Veranstaltungen gehörten die Ukrainische Woche (2016), das 10. Treffen der Parlamentarischen Partnerschaft Asien-Europa (ASEP 10, 2018), die hochrangige Konferenz über die Zukunft der internationalen Wahlbeobachtung (2018), die Parlamentarische Dimension des G7-Gipfels (2019) und die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (2019). Auf der Grundlage dieser Erfahrungen hat die Direktion untersucht, wie sie zu einer besser strukturierten und kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen des Europäischen Parlaments und den entsprechenden Stellen in den nationalen Parlamenten beitragen kann.

Dabei sollten bestimmte Tätigkeiten und Methoden, die bereits erfolgreich in der politischen und institutionellen Zusammenarbeit, dem legislativen Dialog und der parlamentarischen Kontrolle angewandt werden, auf die Bereiche der parlamentarischen Diplomatie, der Förderung der Demokratie, des Kapazitätsaufbaus und Menschenrechtsaktionen übertragen werden. Darunter fallen die erfolgreiche Nutzung von Netzwerken auf der Ebene der Bediensteten, Online-Plattformen für den Austausch von Informationen und Dokumenten sowie die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten in verschiedenen Foren, in denen bereits politische Texte verabschiedet wurden.

Das Vorgehen fand auch in der Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union (GD EXPO) des Europäischen Parlaments reges Interesse, wo parallel dazu Überlegungen zu bewährten Vorgehensweisen für die Zusammenarbeit mit nationalen Parlamenten angestellt wurden. Die Generaldirektion organisierte zu diesem Zweck im Juni 2020 einen virtuellen Workshop für Vertreter der nationalen Parlamente mit Pietro Ducci, Generaldirektor der GD EXPO.

Am 22. September 2020 veranstaltete die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zusammen mit der GD EXPO eine Videokonferenz für die Kollegen aus den nationalen Parlamenten, in der es um die Förderung der Demokratie und den Kapazitätsaufbau ging. Am 23. September stellte die Direktion Regionen der GD EXPO den Vertretern der nationalen Parlamente die Ziele und Pläne des Vorsitzes in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum vor.

Am 30. Oktober 2020 war die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zu den „Friday Talks“ (Freitagsgesprächen) der GD EXPO eingeladen. Das Treffen mit dem Titel „National Parliaments – Partners, not Rivals“ (Nationale Parlamente – Partner statt Rivalen) fand per Videokonferenz statt. Das zentrale Ziel dieser Initiative ist es, das Potenzial der nationalen Parlamente in Bezug auf ihre Beiträge zur Arbeit der GD EXPO im Bereich der Außenpolitik voll auszuschöpfen.

Im Jahr 2020 wurde der Grundstein für diese neue Zusammenarbeit gelegt. Bald werden die ersten konkreten Ergebnisse in diesen Bereichen erwartet. Das Netzwerk für Demokratieförderung, Menschenrechte und Kapazitätsaufbau wird seine Tätigkeit aufnehmen und erhält einen eigenen Unterbereich auf der neuen IPEX-Plattform. Weitere Entwicklungen sollten sich vor allem auf die Parlamentarische Versammlung der Union für den Mittelmeerraum und multilaterale interparlamentarische Foren wie die Beratende Versammlung des Europarates (PACE) und die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beziehen. Es wird das Ziel verfolgt, die geopolitische Agenda der EU in der parlamentarischen Zusammenarbeit zu verankern, um europäische Standpunkte, Werte und Interessen wirksamer zu fördern und zu stärken.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Entwicklung neuer Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der GD EXPO und der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten im Bereich der Tätigkeiten und Veranstaltungen außerhalb der Ausschüsse.
- Einrichtung und Start eines strukturierten Netzwerks und des Austauschs zwischen den Verwaltungen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zur Förderung der Demokratie, um die Wirkung und die Effizienz der parlamentarischen Diplomatie zu verbessern, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU im Westbalkan und in den Ländern der Östlichen Partnerschaft, aber auch in Afrika.

#### 4.4 Bilaterale Besuche von nationalen Parlamenten der EU im Europäischen Parlament und andere bilaterale Austauschmaßnahmen

*Bilaterale Besuche von nationalen Parlamenten der EU beim Europäischen Parlament sind ein sich ständig fortentwickelndes Instrument sowie ein Format für den interparlamentarischen Dialog. Dieses Format bietet einen sehr zielgerichteten, maßgeschneiderten, flexiblen und kosten- und zeitsparenden Rahmen. Es ermöglicht die Erörterung von Fragen, die für die einzelnen nationalen Parlamente von Belang sind.*

*Außerdem können andere bilaterale Austauschmaßnahmen eine nützliche Form der interparlamentarischen Zusammenarbeit in kleinerem Rahmen sein, wenn Mitglieder der Parlamente die Zusammenarbeit ins Leben rufen, sich auf bestimmte Themen fokussieren oder die Zusammenarbeit in konkreten Bereichen von gegenseitigem Interesse vertiefen wollen.*

Bilaterale Besuche sind traditionell ein wichtiges Element der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Die Treffen können auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Formaten stattfinden, von politischen Erörterungen auf höchster Ebene bis hin zu Studienbesuche auf der Ebene fachspezifischer Mitarbeiter. Dieser Austausch startete wie geplant Anfang 2020 mit insgesamt 16 Besuchen in den ersten beiden Monaten. Ein letzter Besuch fand in der ersten Märzwoche des Jahres 2020 statt. Eine ausführliche Liste der Besuche und der dabei erörterten Themen ist in Anhang III enthalten.

Seit dem Ausbruch der Pandemie haben keine Delegations- oder sonstigen Besuche stattgefunden. Dutzende geplante oder vorbereitete Besuche mussten in den ersten Wochen der Pandemie abgesagt oder verschoben werden.

Dadurch wurden die bilateralen Kontakte jedoch nicht auf Eis gelegt. Im Frühjahr 2020 wurden die bilateralen Kontakte aktiv gepflegt, zunächst in Form von Telefongesprächen, dann zunehmend über Videokonferenzen. Hierbei ist herauszustellen, dass die Parlamente, die zuvor eifrig an Besuchen teilgenommen haben, sich auch an Telefongesprächen oder virtuellen Treffen beteiligt haben. Dies gilt insbesondere für das Parlament des Vereinigten Königreichs.

In der zweiten Jahreshälfte hatten sich bilaterale Videokonferenzen dann etabliert, insbesondere bei der Vorbereitung von Sitzungen auf Verwaltungsebene zwischen dem Europäischen Parlament und dem Parlament des Ratsvorsitzes, aber auch auf politischer Ebene. Videokonferenzen stellen eine kostengünstige Alternative zu Präsenzsitzungen dar, insbesondere bei konzentrierten Erörterungen, zum Beispiel zwischen den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments und den Vorsitzenden der Ausschüsse für EU-Angelegenheiten der nationalen Parlamente, zwischen Ausschussvorsitzenden oder zwischen Berichterstattern und Ausschussvorsitzenden der nationalen Parlamente.

##### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Aufgrund der Pandemie ging die Anzahl der bilateralen Besuche von 62 im Jahr 2019 auf 17 im Jahr 2020 zurück.
- Videokonferenzen wurden zusätzlich zu den normalen interparlamentarischen Treffen zu einem festen Bestandteil des direkten, zielgerichteten bilateralen Austauschs. Das „Netzwerken“ konnte somit wirksam aufrechterhalten bleiben. Es wird angenommen, dass Videokonferenzen auch nach der COVID-19-Pandemie weiterhin in der interparlamentarischen Zusammenarbeit genutzt werden.

## 5. LEGISLATIVE ZUSAMMENARBEIT MIT DEN NATIONALEN PARLAMENTEN DER EU

### 5.1 Frühwarnsystem und Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen

*Gemäß dem (in Artikel 5 EUV verankerten) Subsidiaritätsprinzip darf die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden können und daher auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind. Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit dürfen die Maßnahmen der Union inhaltlich wie formal nicht über das zur Erreichung der Ziele der Verträge erforderliche Maß hinausgehen.*

*Die nationalen Parlamente gewährleisten die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem Verfahren, das in Protokoll Nr. 2 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union zur Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. In diesem Protokoll ist ein Überprüfungsmechanismus festgelegt, und zwar das Frühwarnsystem (FWS). Gemäß diesem Mechanismus können die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten der Organe darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.*

#### 5.1.1 Frühwarnsystem

Im Rahmen des FWS werden Ausführungen der nationalen Parlamente der EU entsprechend den folgenden Kategorien geprüft<sup>18</sup>.

1. Begründete Stellungnahme: wenn das Dokument unter dieser Bezeichnung eingereicht wurde, innerhalb der in Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon<sup>19</sup> genannten Frist von acht Wochen eingegangen ist und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betrifft;
2. Beitrag: wenn das Dokument die oben genannten Kriterien nicht erfüllt.

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens ein Drittel der Gesamtzahl der den nationalen Parlamenten zugewiesenen Stimmen, so muss der Entwurf überprüft werden (gelbe Karte: Das Organ, das den Entwurf des Gesetzgebungsaktes verfasst hat, kann beschließen, an dem Entwurf festzuhalten, ihn zu ändern oder ihn zurückzuziehen, wobei dieser Beschluss zu begründen ist. Bei Vorschriften im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen liegt die Schwelle niedriger (ein Viertel der Stimmen).

<sup>18</sup> Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene.“

<sup>19</sup> Artikel 6 des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

Stellen die nationalen Parlamente die Vereinbarkeit eines Gesetzgebungsakts mit dem Subsidiaritätsprinzip im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens mit mindestens einfacher Stimmenmehrheit in Frage, muss die Kommission ihren Vorschlag überprüfen und entscheiden, ob sie ihn beibehält, ändert oder zurückzieht. Beschließt sie, ihren Vorschlag beizubehalten, wird die Angelegenheit an den Gesetzgeber (das Europäische Parlament und den Rat) verwiesen, und die Kommission muss ihren Beschluss begründen (orangene Karte). Ist der Gesetzgeber der Ansicht, dass der Legislativvorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, kann er ihn mit der Mehrheit von 55 % der Mitglieder des Rates oder einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Europäischen Parlament ablehnen. Das Verfahren der „gelben Karte“ wurde bislang dreimal ausgelöst<sup>20</sup>, während das Verfahren der „orangefarbenen Karte“ noch nie zum Einsatz gekommen ist.

Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Zusammenhang mit begründeten Stellungnahmen zuständig.<sup>21</sup> Alle sechs Monate wird ein Mitglied des Ausschusses auf der Grundlage eines Rotationsverfahrens zwischen den Fraktionen zum ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen ernannt.

Gilles Lebreton (ID) und Karen Melchior (RE)<sup>22</sup> übernahmen im Jahr 2020 die Aufgabe der ständigen Berichterstatter für Subsidiaritätsfragen. In diesem Zusammenhang erstellt der JURI-Ausschuss regelmäßig einen Bericht über den von der Kommission verfassten Jahresbericht über Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit.

### 5.1.2 Ausführungen der nationalen Parlamente der EU

Im Jahr 2020 gingen beim Europäischen Parlament 124 Dokumente der nationalen Parlamente gemäß Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ein. Davon waren 13 begründete Stellungnahmen und 111 Beiträge.

Im Jahr 2019 gingen beim Europäischen Parlament 63 Dokumente ein, die allein Beiträge waren; es wurden keine begründeten Stellungnahmen übermittelt.

Dieser Anstieg der Zahl der eingegangenen Dokumente um fast 50 % zwischen 2019 und 2020 lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass das Europäische Parlament im Jahr 2020 trotz der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mit voller gesetzgeberischer Kapazität arbeitete, was 2019 nicht der Fall war, da in diesem Jahr die Wahlen stattfanden.

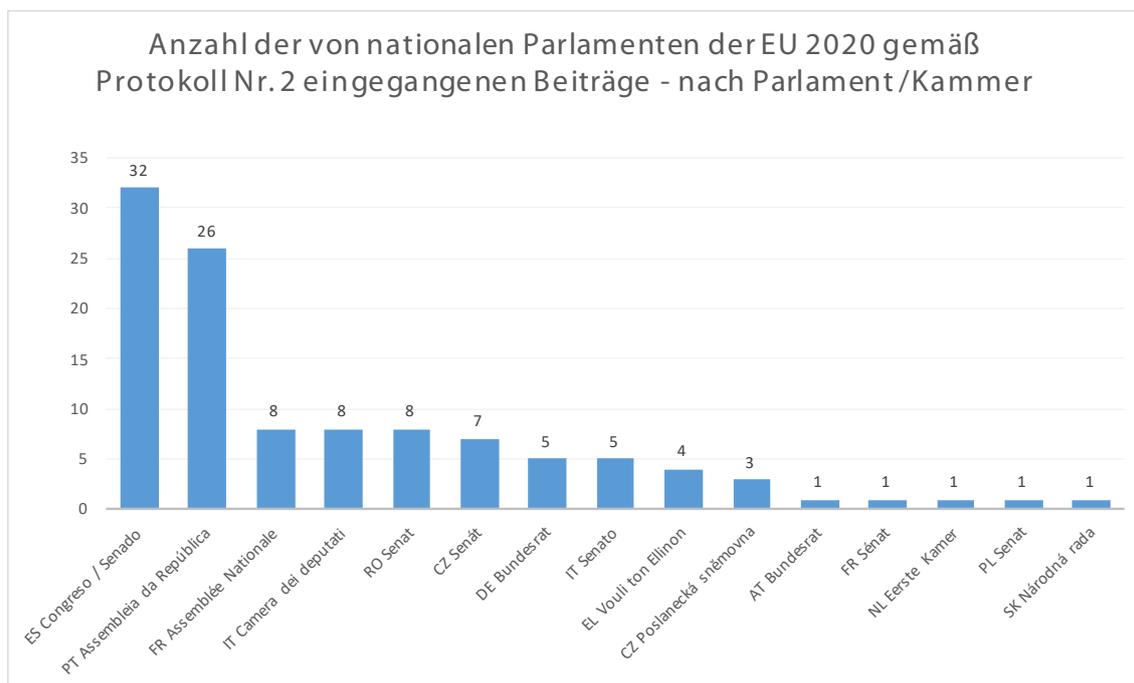
---

20 Das Verfahren der „gelben Karte“ kam 2012 bei einem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung betreffend die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit („Monti II“) zum Einsatz. Die Kommission zog schließlich ihren Vorschlag zurück, war aber dennoch der Ansicht, dass kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorlag. Das Verfahren wurde erneut 2013 nach der Vorlage des Vorschlags für eine Verordnung zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft angewendet. Die Kommission beschloss, [an dem Vorschlag festzuhalten](#), und führte an, dass er mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Schließlich wurde es im Jahr 2016 gegen den [Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern](#) erneut angewendet. Die Kommission legte für die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags eine ausführliche [Begründung](#) vor, in der sie geltend machte, dass es sich bei der Entsendung von Arbeitnehmern definitionsgemäß um einen grenzüberschreitenden Sachverhalt handle und daher nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen werde.

21 Anhang VI Absatz XVI der Geschäftsordnung der Europäischen Parlaments besagt, dass der Rechtsausschuss zuständig ist für: „die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“

22 „Identität und Demokratie“ und „Renew Europe“ sind Fraktionen im Europäischen Parlament.

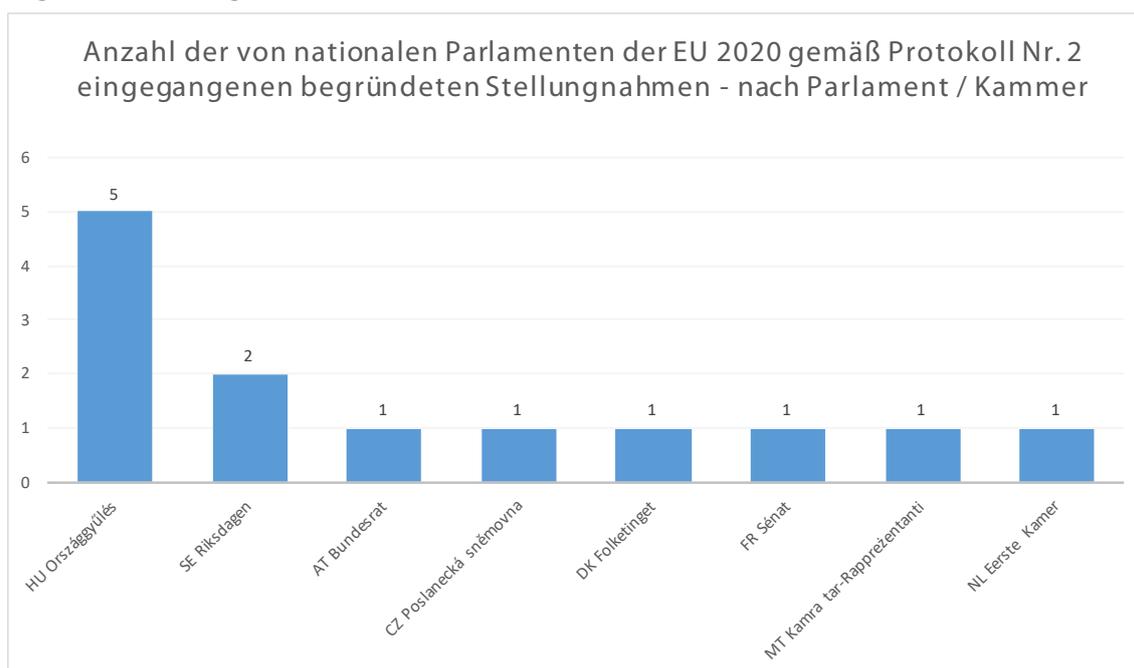
Beiträge nach Parlamenten/Kammern:



Im Jahr 2020 gingen insgesamt 111 Beiträge ein. In der Grafik sind die Einreichungen nach Parlament/Kammer dargestellt.

Im Jahr 2020 reichten acht von 41 Parlamenten/Kammern (einschließlich der beiden britischen Kammern) begründete Stellungnahmen sowie 15 Beiträge ein. Die aktivsten Parlamente in Bezug auf die Einreichung von begründeten Stellungnahmen waren das ungarische Parlament mit fünf begründeten Stellungnahmen und das schwedische Parlament mit zwei begründeten Stellungnahmen. Bei den Beiträgen waren die aktivsten Parlamente/Kammern jeweils das spanische Parlament mit 32 eingereichten Beiträgen und das portugiesische Parlament mit 26 Beiträgen. In Anhang IV finden sich die Statistiken für das Jahr 2020.

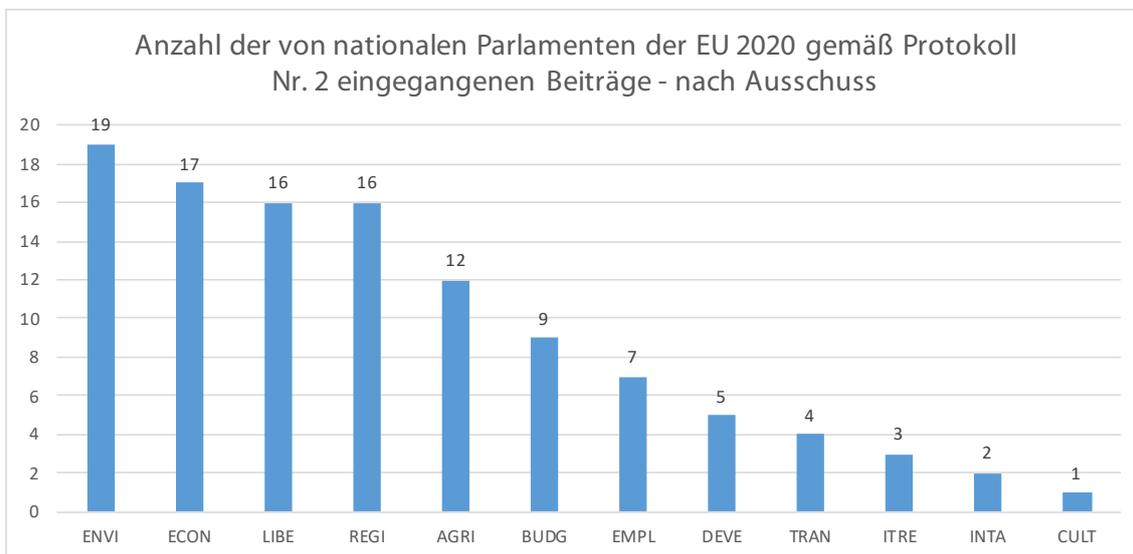
Begründete Stellungnahmen nach Parlament/Kammer:



Im Jahr 2020 gingen insgesamt 13 begründete Stellungnahmen ein. In der Grafik sind die Einreichungen nach Parlament/Kammer dargestellt.

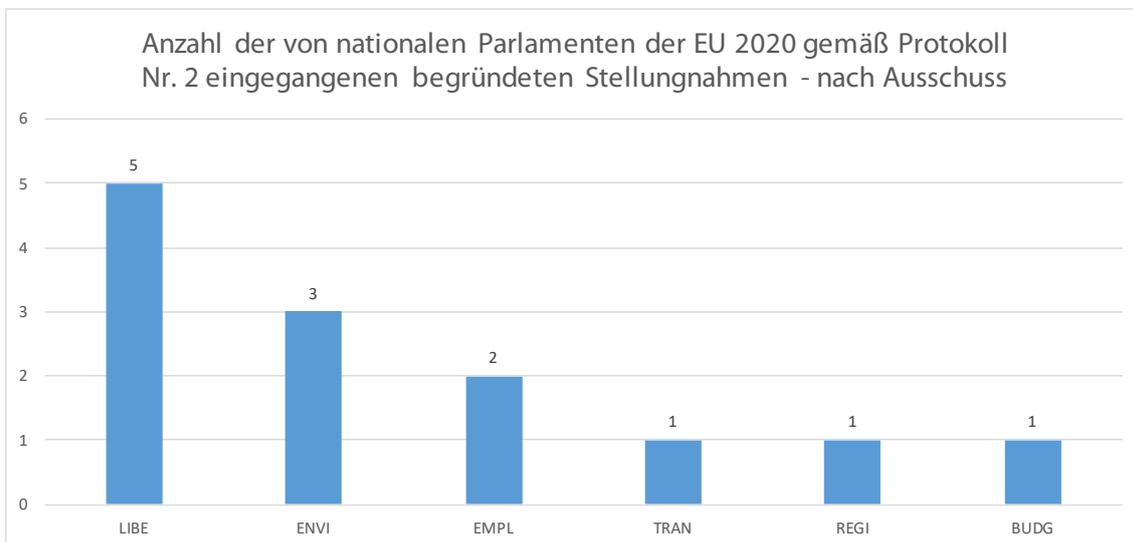
Die Ausschüsse, bei denen die meisten Dokumente eingingen, waren der Ausschuss für Umweltfragen (drei begründete Stellungnahmen und 19 Beiträge), der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (17 Beiträge) und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (fünf begründete Stellungnahmen).

Beiträge nach Ausschüssen:



Zahl der 2020 eingegangenen Beiträge nach Ausschuss.

Begründete Stellungnahmen nach Ausschuss:



Zahl der 2020 eingegangenen begründeten Stellungnahmen nach Ausschuss.

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Jahr 2009 wurden den nationalen Parlamenten zur Prüfung gemäß dem Protokoll Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon insgesamt 981 Entwürfe von Rechtsakten übermittelt. Als Reaktion erhielt das Europäische Parlament 3 460 Dokumente nationaler Parlamente. 487 davon sind begründete Stellungnahmen (14 %), die restlichen 2 973 Beiträge (86 %).

Diese Statistiken belegen, dass die nationalen Parlamente der EU das Protokoll Nr. 2 häufiger als Mittel genutzt haben, um ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge zum Ausdruck zu bringen als zur Subsidiarität. Dies könnte ihren Wunsch widerspiegeln, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten trägt dafür Sorge, dass alle von den nationalen Parlamente der EU übermittelten Dokumente den Mitgliedern, den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments zur Verfügung gestellt werden, und stellt insbesondere den Berichterstattern während des gesamten Gesetzgebungszyklus spezifisches Fachwissen und Briefings zu den Dokumenten der nationalen Parlamente der EU zur Verfügung, die als Input für die Erstellung von Ausschussberichten und für die Trilog-Verhandlungen mit dem Rat zurate gezogen werden. Die Direktion stellt auch Fakten, Zahlen und Statistiken über die Zahl und Art dieser Dokumente zur Verfügung und verwaltet die CONNECT-Datenbank<sup>23</sup>, in der alle begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente enthalten sind.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- COVID-19 hatte einen Einfluss auf die Zahl und die Politikbereiche der Vorschläge und verkürzte den Gesetzgebungszyklus, damit die EU rechtzeitig auf die Ausbreitung der Pandemie reagieren konnte. Vor diesem Hintergrund wurden einige Gesetze im Schnellverfahren verabschiedet, bei denen die achtwöchige Konsultationsfrist aufgrund der Dringlichkeit der Gesundheitsnotlage in allen Mitgliedstaaten nicht eingehalten werden konnte.

### **5.1.3 Monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand**

Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die gemäß Protokoll Nr. 2 eingereicht wurden (State of Play Note). Diese Aufzeichnung, die den Mitgliedern und den zuständigen Dienststellen des Europäischen Parlaments sowie den nationalen Parlamenten übermittelt wird, liefert einen Überblick über alle seit der letzten Aufzeichnung eingegangenen Dokumente und enthält Verweise auf alle Gesetzgebungsakte, die bei der kommenden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Tagesordnung stehen. Die Aufzeichnung ist auch den Sitzungsunterlagen der Konferenz der Ausschussvorsitze des Europäischen Parlaments beigelegt. Die Aufzeichnung zum aktuellen Stand wird ferner schon im Vorfeld einer jeden Plenarsitzung des Europäischen Parlaments auf der Website der Direktion veröffentlicht.

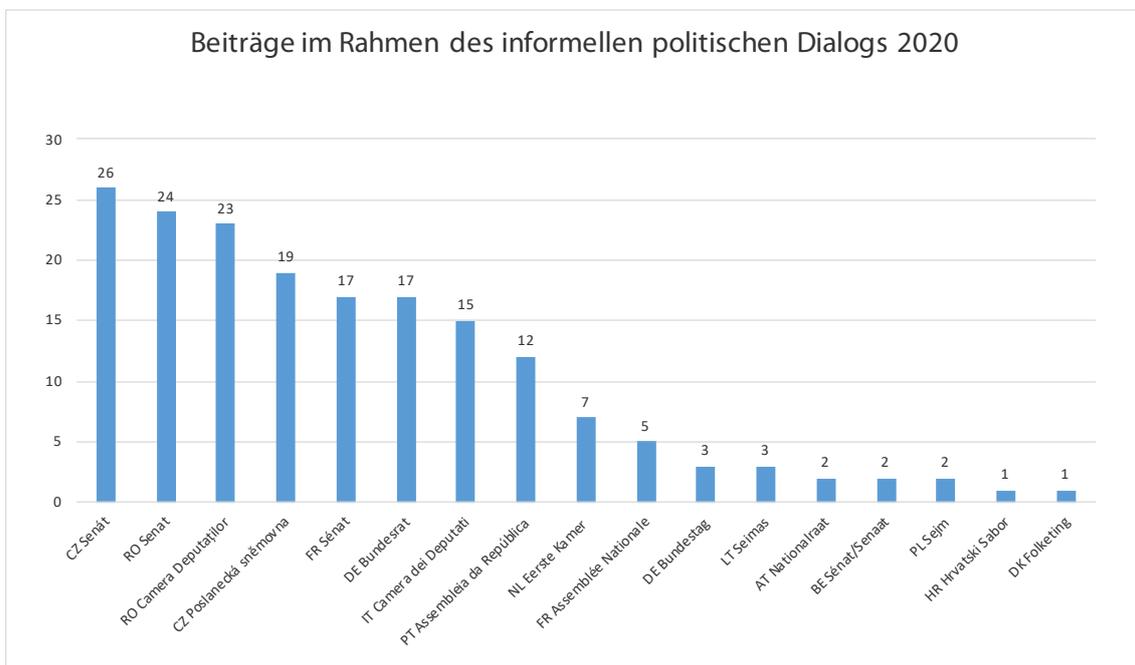
---

23 Weitere Informationen in Kapitel 7.2 zu entnehmen.

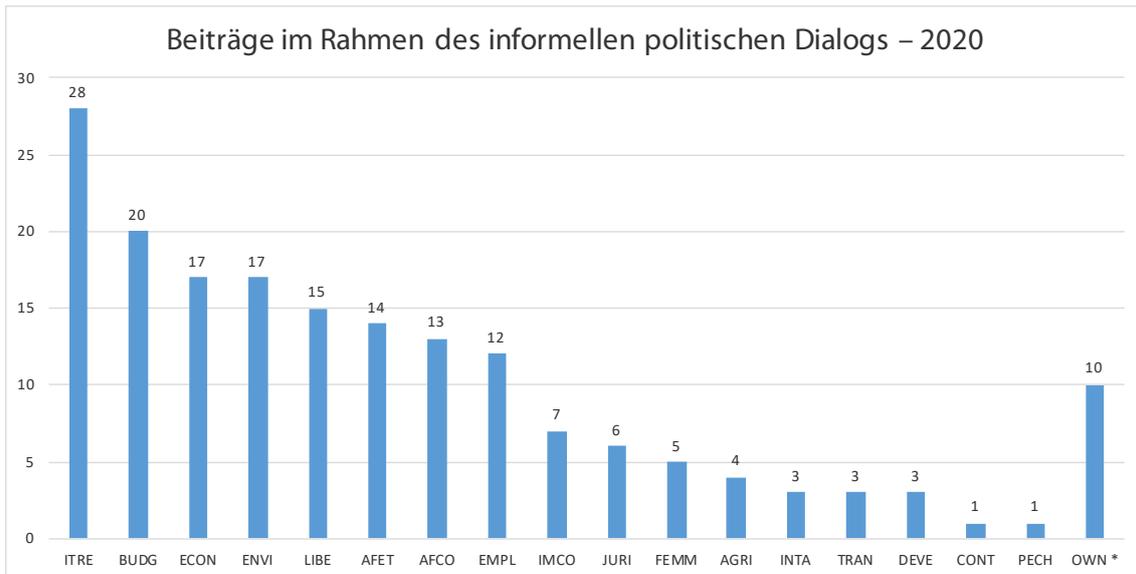
## 5.2 Informeller politischer Dialog und Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen

*Im Protokoll Nr. 1 zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist vorgesehen, dass die nationalen Parlamente der EU zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art Stellung nehmen können, z. B. zu laufenden Erörterungen auf europäischer Ebene, zu Grün-/Weißbüchern der Kommission oder zu Mitteilungen der Kommission. Diese Beiträge werden im Rahmen des informellen politischen Dialogs (IPD) behandelt.*

Auch 2020 haben die nationalen Parlamente der EU aktiv von diesem Instrument Gebrauch gemacht und 179 Beiträge eingereicht. Hierbei waren 2020 die drei aktivsten Parlamente/Kammern der tschechische Senat (26), der rumänische Senat (24) und das rumänische Abgeordnetenhaus (23).



Die vier Ausschüsse, die die meisten IPD-Beiträge erhielten, waren der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) mit 28 Beiträgen, der Haushaltsausschuss (BUDG) mit 20 Beiträgen, der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) mit 17 Beiträgen und der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) mit 17 Beiträgen.



10 Initiativstellungen der nationalen Parlamente wurden nicht den Ausschüssen des Europäischen Parlaments zugewiesen. Die vollständige Liste der Ausschüsse des Europäischen Parlaments ist abrufbar unter <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/about/list-of-committees>.

Seit 2009 hat das Europäische Parlament 2 444 Beiträge im Rahmen des Protokolls Nr. 1 von nationalen Parlamenten der EU erhalten, die auch in der CONNECT-Datenbank<sup>24</sup> veröffentlicht wurden. Detaillierte Statistiken über die Beiträge, die 2020 im Rahmen der IPD eingegangen sind, finden Sie in Anhang V.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Die Zahl der im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereichten Beiträge stieg um 55 % von 115 im Jahr 2019 auf 179 im Jahr 2020. Dieser Anstieg ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass 2020 das erste Jahr nach den Europawahlen war. In dem Jahr haben auch die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) stattgefunden.
- Nach den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 liefern die nationalen Parlamente zusätzlich zu ihren Dokumenten in ihrer Landessprache oftmals eine Zusammenfassung in englischer Sprache mit. Dies erleichtert die Arbeit der Gesetzgeber.

<sup>24</sup> <https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/subsidiarity-and-ipd/informal-political-dialogue>

## 6. NETZWERKE UND AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN

### 6.1 Interparlamentarischer EU-Informationstausch (IPEX)

*Das Ziel des Interparlamentarischen EU-Informationstauschs (IPEX) ist die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform und eines Netzwerks für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heutzutage verwenden 39 Kammern von 27 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Das oberste Ziel ist es, IPEX zur „zentralen Anlaufstelle“ für interparlamentarische Tätigkeiten zu machen.*

*IPEX wurde mitunter als „Instrument“, „Plattform“ und „Netzwerk“ bezeichnet. Diese drei Definitionen sind Ausdruck der Weiterentwicklung des Instruments. Der Wandel von einem Werkzeug zu einem Netzwerk verlief schleppend, trägt aber jetzt Früchte.*

Das Jahr 2020 begann mit einer positiven Entwicklung für IPEX. Das Europäische Parlament gab auf der IPEX-Vorstandssitzung in Wien und anschließend auf dem Treffen der Generalsekretäre der EU bekannt, dass es nunmehr in der Lage ist, die



erforderliche IT-Entwicklung für die neue, lang geplante dritte Entwicklung der IPEX-Website (v3) vorzunehmen. Damit wurde die letzte Phase des IPEX-Arbeitsprogramms 2017–2020 eingeläutet.

Seit seiner Schaffung ist IPEX von ständigen Weiterentwicklungen geprägt. Die Vorbereitung der neuen IPEX-Plattform (IPEX v3) und die Verabschiedung eines zweiten mehrjährigen Arbeitsprogramms waren demnach ein sehr ehrgeiziges Vorhaben und bedeuteten ein anspruchsvolles Arbeitspensum für alle an IPEX beteiligten Akteure.

Der Aufbau und die Realisierung der neuen Plattform wurde von der Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung (GD ITEC) des Europäischen Parlaments vorgenommen. Die Arbeiten wurden das ganze Jahr über fortgesetzt, obwohl sich die Prioritäten der GD ITEC aufgrund der Pandemie und der damit verbundenen digitalen Umbrüche drastisch verändert hatten. Der ursprüngliche Zeitplan für den Start der neuen Website im Dezember konnte nicht eingehalten werden, aber dieser kleine Rückschlag traf bei allen Parlamenten auf uneingeschränktes Verständnis.

Die verschiedenen IPEX-Gremien (Vorstand, Arbeitsgruppen, Vorsitzende) befassten sich bei ihrem einzigen physischen Treffen (am 17. Januar in Wien unter österreichischem Vorsitz) und bei den verschiedenen Treffen aus der Ferne (am 5. Juni, 15. Oktober, 26. November unter finnischem Vorsitz) mit einer gründlichen Überarbeitung der in den drei vorangegangenen Jahren geleisteten Arbeit und mit der Aufstellung eines neuen Arbeitsprogramms für die nächsten drei Jahre. Bei IPEX war der Rückblick erforderlich, um sich für die Zukunft zu wappnen.

Da die geplanten Entwicklungen von IPEX mit einer beträchtlichen Erweiterung des Tätigkeitsbereichs einhergehen, wurde die formale Annahme des Arbeitsprogramms bis zur Entscheidung in den

Sitzungen des Vorstands 2021 zurückgestellt. Diese Verzögerung beruht auf einem gemeinsamen Gefühl der Verantwortung für IPEX und auf dem gemeinsamen Anliegen, IPEX weiterhin bestmöglich zu nutzen. Zusammen mit der neuen Website soll das neue Netzwerk die Funktionen des IPEX-Netzwerks deutlich über die eines Tools zur Prüfung der Subsidiarität und einer Ablage von Dokumenten für interparlamentarische Treffen und Konferenzen hinaus ausweiten. Der finnische Vorsitz von IPEX strebte ein gleitendes Arbeitsprogramm an, das während seiner Durchführung jederzeit überarbeitet werden kann, sollte der Vorstand dies beschließen. Bei den Erörterungen herrschte Einigkeit darüber, dass die technische Präzision der Datenbank sowie die Nützlichkeit, Zugänglichkeit und Zuverlässigkeit des gesamten IPEX-Netzwerks im gleitenden Arbeitsprogramm weiterhin oberste Priorität haben müssen.

Gleichzeitig wird IPEX dank der modernen Funktionen, die das neue Digitalsystem ermöglicht, den Parlamenten die Möglichkeit bieten, alle Arten von parlamentarischen Dokumenten und Informationen auszutauschen. Aus diesem Grund muss IPEX an neue interparlamentarische Initiativen und Entwicklungen angepasst werden können, einschließlich der Stärkung interparlamentarischer thematischer Netze (insbesondere desjenigen zur Förderung der Demokratie und möglicherweise derjenigen zum Europäischen Semester und zum Thema Umweltschutz).

Die neuen Funktionen, die für die Plattform IPEX v3 vorgesehen sind, machen es erforderlich, die Schulungsmaßnahmen im neuen Arbeitsprogramm vermehrt in den Fokus zu rücken, um es den Netzwerken engagierter Korrespondenten zu ermöglichen, präzise Beiträge zu übermitteln, und den Nutzen von IPEX sowohl für interne als auch externe Nutzer zu erhöhen.

Die neuen Werkzeuge der Website werden auch bei der Unterstützung parlamentarischer und interparlamentarischer Tätigkeiten zu europäischen Themen eine wichtige Rolle spielen. Die IPEX-Website sollte als Informationsquelle für die EU-bezogenen Tätigkeiten der nationalen Parlamente, Dokumente und für interparlamentarische Konferenzen verstanden werden. Durch diese Entwicklungen könnte IPEX auch anderen Nutzern als den nationalen Korrespondenten dienlich sein, und zwar auf eine umfassendere Art und Weise. Hierdurch entstehen neue Möglichkeiten, die Zahl derjenigen, die IPEX nutzen, zu vergrößern und IPEX sichtbarer zu machen.

IPEX-Statistiken<sup>25</sup>: Im Rahmen von IPEX werden derzeit mehr als 112 000 von nationalen Parlamenten der EU und den EU-Organen erstellte Seiten veröffentlicht, was kontrollbezogene Informationen in fast 84 000 Dokumenten umfasst, die von den nationalen Parlamenten erstellt wurden und die mit etwa 12 000 Dossiers zusammenhängen. Im Jahr 2020 belief sich die Gesamtzahl der in IPEX erfassten legislativen und nichtlegislativen Dokumente auf 1 092 (2019: 812; 2018: 1 053; 2017: 1 064; 2016: 805).

Im Jahr 2020 landeten 426 136 einzelne Nutzer auf der IPEX-Website, wodurch sich der allgemeine Aufwärtstrend der letzten Jahre fortsetzte (2019: 342 355; 2018: 285 881; 2017: 307 737; 2016: 253 264; 2015: 234 480). Die Zahl der Seitenaufrufe – 25 383 775 – liegt zwar unter dem Rekord von 2019, aber immer noch deutlich über den Zahlen der Jahre zuvor (2019: 43 097 236; 2018: 15 939 723; 2017: 5 736 506).

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Das Europäische Parlament hat mit der Entwicklung der neuen Plattform IPEX v3 begonnen. Ein laufendes und noch andauerndes Verfahren zur Verabschiedung eines gleitenden Arbeitsprogramms für IPEX für die nächsten drei Jahre der Tätigkeit wurde eingeleitet.

---

<sup>25</sup> Stand der Statistiken: 15. Januar 2021.

## 6.2 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

*Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten EZPWD zählen 66 parlamentarische Kammern (davon 39 in der Europäischen Union) aus 54 Ländern sowie die EU-Organe. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bestehen.*

Das EZPWD-Netz war während des Gesundheitsnotstands sehr aktiv und hat kontinuierlich Informationen und Erfahrungen darüber ausgetauscht, wie die Parlamente auf die Herausforderungen der Pandemie reagiert haben. Es versteht sich von selbst, dass der Ausbruch von COVID-19 tiefgreifende Auswirkungen auf die parlamentarische

Arbeit hatte. Es wurden zahlreiche Anfragen gestellt, um herauszufinden, wie andere Kammern mit der Situation umgehen (siehe auch Anhang VI). Als Ergebnis davon wurden immense Mengen an Informationen gesammelt und auf der Website des EZPWD wurde eine spezielle Seite für COVID-19 eingerichtet. Sie hat sich als sehr nützlich und gewinnbringend erwiesen, da sie den Zugriff auf geteilte Daten erheblich erleichtert hat.



Der Gesundheitsnotstand und die Unmöglichkeit, die regelmäßigen satzungsgemäßen Sitzungen und Seminare des EZPWD mit physischer Präsenz zu organisieren sorgten dafür, dass Videokonferenztechnologien eingesetzt werden mussten, um wesentliche Tätigkeiten weiterhin stattfinden zu lassen. Eines der zentralen Ziele der Sitzungen des EZPWD ist es, ein Netz mit persönlichen Kontakten zwischen Kollegen aus den nationalen Parlamenten zu pflegen, um den Austausch von Informationen, Ideen, Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen zu fördern. Dennoch boten die in der zweiten Jahreshälfte organisierten Webinare den besonderen Vorteil, dass mehr Kollegen teilnehmen konnten, wozu einige sonst aufgrund der Reise nicht in der Lage gewesen wären. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass sich diese Praxis in den kommenden Jahren etablieren wird, zumindest für einige Sitzungen.

Das Jahr 2020 hat auch dazu beigetragen, den Mehrwert und die Wirksamkeit des EZPWD zu erhöhen. Es wurde insbesondere darauf geachtet, den großen Informationsfluss, der sich aus den Antworten auf Vergleichsanfragen ergibt, sichtbarer zu machen. Dies wurde vor allem durch die Überarbeitung der Website und die vermehrte Veröffentlichung von abschließenden Zusammenfassungen erreicht, die den verschiedenen betroffenen Dienststellen in den Parlamenten in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden können.

### i. Vergleichende Anfragen

Im Jahr 2020 übermittelten die Mitgliedsparlamente des EZPWD 326 vergleichende Anfragen und 8 475 Antworten an das Netz; ein Anstieg im Vergleich zu den Zahlen von 2019, mit 306 Anfragen und 7 310 Antworten.

Es ist keine Überraschung, dass das EZPWD-Netz seit März 2020 viele Anfragen im Zusammenhang mit COVID-19 erhalten hat: fast ein Drittel aller Anfragen im April und Mai. Es zeigte sich ein deutlicher Bedarf, Informationen darüber auszutauschen, wie andere Parlamente reagierten, und von den Erfahrungen anderer zu lernen. In Anbetracht der wachsenden Zahl von Anfragen und Antworten beschloss das Sekretariat des EZPWD im April 2020, eine spezielle Seite zu COVID-19 auf der Website des EZPWD einzurichten, um den erheblichen Informationsfluss besser zu strukturieren.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten hat auch die Dienststellen des Europäischen Parlaments unterstützt, indem sie ihre Anfragen erleichtert und an das EZPWD-Netz weitergeleitet hat. Insgesamt hat das Europäische Parlament im Jahr 2020 12 Anfragen an das EZPWD-Netz gerichtet. Dies ist ein leichter Rückgang gegenüber 2019, in dem 16 Anfragen an das Europäische Parlament gestellt wurden. Gleichwohl übermittelte das Europäische Parlament 81 Antworten auf Anfragen anderer Parlamente des EZPWD – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu den 29 Antworten im Jahr 2019 und den 31 Antworten im Jahr 2018.

### ii. Abschließende Zusammenfassungen

Es wird schon lange über Lösungen zur Förderung der Erstellung von abschließenden Zusammenfassungen nachgedacht, allerdings wurde bisher keine Lösung gefunden. Im August 2020 bestätigte eine bedeutende Mehrheit der Korrespondenten in ihren Antworten auf die Anfrage 4475 zur Effizienz des EZPWD, dass es notwendig ist, sich auf eine Methodik und gemeinsame Leitlinien zu einigen, um die abschließenden Zusammenfassungen zu vereinheitlichen und ihre Sichtbarkeit zu verbessern.

Ziel der Überarbeitung der Website des EZPWD, die im Oktober 2020 mit Unterstützung der IT-Dienste des Europäischen Parlaments online gestellt wurde, ist es, das Dashboard der Korrespondenten so zu modifizieren, dass sie aufgefordert werden, ihre abschließenden Zusammenfassungen einzureichen und die hochgeladenen Zusammenfassungen auf der Website des EZPWD sichtbar werden zu lassen. Im Anschluss an diese Überlegungen stieg die Zahl der abschließenden Zusammenfassungen des EZPWD im Jahr 2020 erheblich an, wobei 28,8 % der Anfragen zur Veröffentlichung einer Antwortanalyse führten (gegenüber 16 % im Jahr 2019 und 11,3 % im Jahr 2018).

### iii. Sitzungsgemäße Sitzungen

Die für März in Straßburg geplante Sitzung des Exekutivausschusses wurde aufgrund des Ausbruchs von COVID-19 abgesagt. Die Sitzungen fanden am 26. Mai und am 1. Juli per Videokonferenz bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) in Straßburg statt. Am 25. September fand eine weitere Sitzung im finnischen Parlament statt. Bei diesen Sitzungen ging es vor allem um die Vorbereitung der bevorstehenden Jahreskonferenz.

Der Exekutivausschuss begrüßte den eigens eingerichteten Bereich auf der Website des EZPWD, der allen Anfragen und Antworten der Parlamente im Zusammenhang mit COVID-19 gewidmet ist. Er wies auch auf die wichtige Rolle des EZPWD beim Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in der Zeit der Ausgangssperren hin und betonte, dass es seine Relevanz und Wirksamkeit unter Beweis gestellt hatte. Der Exekutivausschuss stellte auch Überlegungen zur Effizienz der Arbeitsabläufe des EZPWD an.

Angesichts der ungewissen Entwicklungen in Bezug auf die COVID-19-Pandemie und der Reise- und Sitzungsbeschränkungen in den einzelnen Parlamenten fand die Jahreskonferenz der Korrespondenten des EZPWD im Oktober 2020 in Skopje (Nordmazedonien) per Videokonferenz statt. Im Interesse einer größeren Effizienz des EZPWD-Netzes wurden die vom Exekutivausschuss ausgearbeiteten Schlussfolgerungen zum Thema „Effizienz des EZPWD“ auf der Jahreskonferenz der Korrespondenten angenommen. Zudem wurde die Ansicht vertreten, dass die Erstellung abschließender Zusammenfassungen dringend empfohlen, gefördert und durch technische Mittel unterstützt werden müsse. In Bezug auf die Netze der nationalen Parlamente der EU (IPEX, Vertreter der nationalen Parlamente der EU, COSAC) wird es den EU-Korrespondenten des EZPWD nahegelegt, Informationen mit allen Kollegen auszutauschen, die sich mit interparlamentarischen Beziehungen auseinandersetzen. Es wurde auch vorgeschlagen, dass das Europäische Parlament mögliche Verknüpfungen mit IPEX und den nationalen Parlamenten prüfen sollte, um doppelte Untersuchungen zu vermeiden.

#### iv. Seminare

Der Ausbruch von COVID-19 hatte im Jahr 2020 erhebliche Auswirkungen auf die Organisation der Seminare des EZPWD. Zu Beginn der Ausgangsbeschränkungen wurde der Beschluss gefasst, alle Sitzungen abzusagen bzw. zu verschieben. Da die Pandemiesituation anhielt, wurde die Möglichkeit in Betracht gezogen, die Seminare im zweiten Semester per Videokonferenz abzuhalten. Viele Seminare wurden jedoch auf das Jahr 2021 verschoben, da ein gutes Netzwerken zwischen den Teilnehmern durch die räumliche Entfernung und die Kürze eines virtuellen Treffens behindert würde.

Trotz der außergewöhnlichen Umstände fand das jährliche Seminar im Rahmen des Interessenbereichs Parlamentsbibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Archive, das vom Europäischen Parlament ausgerichtet wurde, am 12. und 13. November 2020 als Online-Veranstaltung statt. An diesem Seminar nahmen 50 Teilnehmer aus 23 Parlamentskammern und internationalen Organisationen teil. Es bot ein Forum für den Austausch zwischen den wissenschaftlichen Diensten der Parlamente, den Bibliotheken und den Archiven zu den Fragen, wie sich die COVID-19-Krise auf Arbeitsverfahren, Produkte, Dienstleistungen und Ressourcen ausgewirkt hat und welche Art von Wandel und Innovationen gefördert wurden, um die tägliche Arbeit der Parlamente aufrechtzuerhalten.

Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und zuständig für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten, Rainer Wieland, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, und Klaus Welle, Generalsekretär des Europäischen Parlaments, hielten Vorträge und berichteten aus ihrer Sicht, wie das Europäische Parlament seine Arbeit während der Pandemie fortgesetzt hat. Das Sekretariat des EZPWD war auch daran beteiligt, zwei weitere in Wien stattfindende Webinare im Interessenbereich Parlamentarische Praxis und Verfahren zu organisieren, und dies in enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen Parlament. Eines fand am 6. Juni zum Thema Abgeordnetenschutzrechte und Datenschutz-Grundverordnung statt, das zweite fand am 12. bis 13. November zum Thema Parlamente, Verfassungsrecht und Verfassungsänderungen statt.

#### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Im Jahr 2020 wurden verschiedene Änderungen an der Website des EZPWD vorgenommen. Die wichtigsten betreffen Verbesserungen zur Stärkung der Sichtbarkeit abschließender Zusammenfassungen.
- Gesteigerte Teilnahme an Webinaren.

### 6.3 Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

*Das Europäische Parlament setzt sich kontinuierlich für eine enge Zusammenarbeit zwischen seiner eigenen Verwaltung und den Verwaltungen der nationalen Parlamente ein, insbesondere in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension der einzelnen Ratsvorsitze der EU. Das Europäische Parlament bietet jedem Parlament, das als nächstes den rotierenden Ratsvorsitz übernehmen soll, Gelegenheit, an einem für die Mitarbeiter organisierten Programm in Brüssel teilzunehmen, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Vorsitzes vorzubereiten. Das Europäische Parlament kann dem Parlament des Ratsvorsitzes ein maßgeschneidertes Unterstützungsprogramm auf der Grundlage spezifischer Anforderungen, Bedürfnisse und Prioritäten zur Verfügung stellen. Diese Initiative bietet die Gelegenheit, sich zu vernetzen und persönliche Kontakte mit allen Beteiligten aufzubauen, und ermöglicht eine effektive Weitergabe von Informationen und Fachwissen, wodurch die weitere Arbeit erleichtert und für Kohärenz gesorgt wird. Das Europäische Parlament kann zu den Kosten des Programms beitragen, die mit dem jeweiligen nationalen Parlament geteilt werden.*

In den letzten Jahren hatten einige EU-Mitgliedstaaten den EU-Ratsvorsitz zum ersten Mal inne. Die Parlamente aus diesen Ländern waren ganz besonders am Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes des Europäischen Parlaments interessiert. Mit dem kroatischen Ratsvorsitz endete die Liste der Länder, die zum ersten Mal nach ihrem Beitritt zur EU die EU-Ratspräsidentschaft innehatten. Ungeachtet dessen hat die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten beschlossen, das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes auf alle künftigen Ratsvorsitze auszuweiten, da es sich als hilfreiches Instrument für die Vorbereitungsphase des Ratsvorsitzes erwiesen hat und sich die interparlamentarische Zusammenarbeit ständig weiterentwickelt. In den letzten Jahren wurde der parlamentarischen Dimension seitens der Ratsvorsitze mehr Gewicht verliehen und es wurde mehr in diesen Bereich investiert, um die Zahl der Veranstaltungen, Treffen und Initiativen während des Semesters des Ratsvorsitzes gegenüber der Zeit vor einem Jahrzehnt zu erhöhen.

Infolgedessen fand im Januar 2020 ein Studienbesuch von 20 Bediensteten der portugiesischen Assembleia da República in Brüssel statt, die für die Vorbereitung der parlamentarischen Dimension des portugiesischen Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2021 verantwortlich sein werden. Im Rahmen dieses maßgeschneiderten Programms wurde Kontakt zu den zuständigen Ausschussekskretariaten des Europäischen Parlaments, dem Referat Protokoll und den politischen Abteilungen aufgenommen. Ziel der Treffen war der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Organisation wichtiger interparlamentarischer Treffen und Konferenzen wie der IPK über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der EU, der IPK GASP/GSVP und der Sitzungen des GPKA für Europol. Die portugiesischen Bediensteten hatten die Möglichkeit, einen persönlichen Kontakt zu ihren Amtskollegen aus dem Europäischen Parlament herzustellen – Kontakte, die die Gestaltung der parlamentarischen Dimension der portugiesischen Präsidentschaft erleichterten.

Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten bemühte sich darum, das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes an die besonderen Umstände anzupassen, durch die Reisen und persönliche Treffen eingeschränkt waren, und bereitete sich darauf vor, den interessierten kommenden Ländern des Ratsvorsitzes „virtuelle Besuche“ anzubieten, so lange dies erforderlich sein würde. Die Vorbereitungen für den Start des Programms für den slowenischen Ratsvorsitz Anfang 2021 liefen bereits im letzten Trimester des Jahres 2020.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Im Jahr 2020 übernahm Kroatien zum ersten Mal nach seinem EU-Beitritt den Ratsvorsitz und ist somit das letzte Land, das zum ersten Mal den Vorsitz übernahm. Das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes wurde auf alle künftigen Vorsitze im Rat ausgeweitet.

## 6.4 Netzwerk der Vertreter der nationalen Parlamente der EU in Brüssel

*Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Vertreter der Verwaltung im Europäischen Parlament. Im Interesse einer Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament den Vertretern seit 1991 auf Anfrage in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.*

Die nationalen Parlamente der EU entsenden nationale Beamte nach Brüssel, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Derzeit sind 56 Mitarbeiter<sup>26</sup> aus den 27 nationalen Parlamenten der EU in 36 Büros in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments untergebracht.<sup>27</sup> Diese nationalen Beamten sind neben Verwaltungsaufgaben auch für den Austausch von Informationen (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU) als Schlüsselfaktor für EU-Angelegenheiten zuständig.

Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude, in dem auch die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfachen Austausch. Als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie stellten die Direktion und die Vertreter im Jahr 2020 erfolgreich auf ein Homeoffice-Programm um, wie auch der Großteil der Verwaltung des Europäischen Parlaments auf Anweisung des Präsidenten des Europäischen Parlaments und seines Generalsekretärs. Viele der Vertreter kehrten in ihre Heimatländer zurück und arbeiteten aus dem Homeoffice. Für die Vertreter der nationalen Parlamente galten die gleichen Einschränkungen bezüglich der Arbeit im Büro wie für die anderen Bediensteten des Europäischen Parlaments. Demnach wurden bestimmte Dienstleistungen auch auf sie ausgeweitet, wie z. B. der Zugang zum COVID-19-Testzentrum im Europäischen Parlament.

Da persönliche Treffen nicht mehr möglich waren, organisierte die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zusammen mit den Kollegen der GD EXPO in der zweiten Jahreshälfte mehrere virtuelle Workshops und Präsentationen mit den Vertretern, vor allem im Bereich Außenbeziehungen des Europäischen Parlaments.

### Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:

- Die durch die Pandemie verursachten Schwierigkeiten hatten erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Vertreter der nationalen Parlamente, und viele von ihnen arbeiten von ihrem eigenen Land aus im Homeoffice. Die Vertreter, die von den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments aus arbeiteten, mussten dieselben Einschränkungen hinnehmen wie die eigenen Bediensteten des Europäischen Parlaments, konnten aus diesem Grund aber auch bestimmte Dienstleistungen wie das COVID-19-Testzentrum in Anspruch nehmen.
- Physische Treffen oder Workshops mit den Vertretern wurden gänzlich eingestellt. Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten organisierte mit den Kollegen der GD EXPO mehrere virtuelle Workshops und Vorträge, insbesondere zum Thema Außenbeziehungen.

26 Eine Liste der Vertreter der nationalen Parlamente ist abrufbar unter: <https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/networks/representatives-of-national-parliaments>

27 Stand: 15. Januar 2020; einschließlich des Sekretariats der COSAC und des IPEX-Informationsbeauftragten.

## 6.5 Seminare für Mitarbeiter

*Seit 2019 veranstaltet die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern der EU. Dabei sollten Mitarbeiter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments zusammenkommen, um relevante europäische Themen vorzustellen und zu diskutieren, voneinander zu lernen und bewährte Verfahren auszutauschen. Dies steht im Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags<sup>28</sup>, in der vorgeschlagen wird, dass „ein besseres Zusammenwirken und ein besserer Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedern der nationalen Parlamente sowie mit den Beamten der nationalen Parlamente dazu beitragen könnte, die Kontrolle der Diskussionen über europapolitische Fragen auf nationaler Ebene zu verbessern und somit eine wirklich europäische parlamentarische und politische Kultur zu fördern.“*

Neben der interparlamentarischen Zusammenarbeit auf politischer Ebene war eine weitere wichtige Entwicklung in den letzten Jahren die Organisation von Seminaren für Mitarbeiter, um den technischen Austausch auf Mitarbeiterebene zu erleichtern. Die Seminare für Mitarbeiter stellen eine wichtige Plattform für die Verwaltungen der Parlamente dar, um einen konkreteren und zielgerichteteren Austausch über Bereiche von gemeinsamem Interesse zu führen. Sie sind ein dynamisches Element der Arbeit sowohl des Europäischen Parlaments als auch der nationalen Parlamente der EU.

Am 16. und 17. Januar 2020 fand ein von der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und dem Referat Unterstützung des wirtschaftspolitischen Handelns der Generaldirektion Interne Politikbereiche organisiertes Mitarbeiterseminar mit dem Titel „The launch of the 2020 European Semester cycle“ (Der Beginn des Zyklus des Europäischen Semesters“ statt, an dem 44 Mitarbeiter der nationalen Parlamente/Kammern teilnahmen. Bei dem Seminar ging es um den Austausch der neuesten Informationen zum Europäischen Semester, einschließlich der neuen wirtschaftlichen Prioritäten, sowie um die Stärkung der Zusammenarbeit und ein besseres Verständnis des neuen Zyklus des Europäischen Semesters durch den Austausch von Wissen und bewährten Vorgehensweisen.

Ein weiteres Seminar, das für den 23. und 24. April zum Thema globaler Dialog über die Kontrolle der ordnungsgemäßen Umsetzung des EU-Rechts anberaumt und gemeinsam vom Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) und der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in Zusammenarbeit mit der OECD und der Westminster Foundation for Democracy organisiert wurde, musste aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Es bestand die Hoffnung, es im Jahr 2021 erneut zu organisieren.

Die GD EXPO organisierte für den 22. September ein virtuelles Seminar für Mitarbeiter, um ein Netz für Kollegen, die in den Bereichen Förderung der Demokratie und Kapazitätsaufbau tätig waren, ins Leben zu rufen. An diesem Seminar nahmen 46 Teilnehmer aus 26 Kammern der nationalen Parlamente teil. Es wurde von der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten durchgeführt.

Das Environmental Exchange Network, das sich aus Verwaltungsstellen zusammensetzt, die für das Umweltmanagement der Parlamente verantwortlich sind, organisierte für den 27. November 2020 ein virtuelles Seminar. Das Seminar wurde gemeinsam vom EMAS des Europäischen Parlaments und dem Bundeskanzleramt Österreichs organisiert.

<sup>28</sup> [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2018 zu der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags.](#)

Ursprünglich war auch ein Seminar für die Mitarbeiter der medizinischen Stellen der nationalen Parlamente geplant, aber diese Initiative konnte aufgrund der Ereignisse nicht stattfinden.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Trotz der durch die Pandemie bedingten Herausforderungen wurde eine Reihe von Seminaren für Mitarbeiter organisiert, meist virtuell.
- Es wurde ein Handbuch für Seminare für Mitarbeiter ausgearbeitet, um die Organisation solcher Seminare künftig zu erleichtern.

## 7. INSTRUMENTE UND UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN

### 7.1 Organisation von Treffen und Sitzungen per Videokonferenz

*Lange vor Beginn der COVID-19-Pandemie hatte das Europäische Parlament Videokonferenzen als Instrument zur einfacheren Gestaltung der interparlamentarischen Zusammenarbeit eingesetzt. Das Europäische Parlament hat schon vor langer Zeit technische Lösungen etabliert, mit denen Videokonferenzen mit sehr hoher Bild- und Tonqualität sowie die Verdolmetschung in mehreren Sprachen ermöglicht werden. Allerdings wurde selten auf die Möglichkeit der Videokonferenz zurückgegriffen. Während des Gesundheitsnotstands mussten die Arbeitsweise und die Zusammenarbeit angepasst werden, wodurch es zu enormen digitalen und technischen Entwicklungen in Bezug auf die Organisation von parlamentarischen Sitzungen per Videokonferenz kam. Dies wird in verschiedenen Teilen dieses Berichts deutlich.<sup>29</sup>*

Das Europäische Parlament ist sich aufgrund seiner spezifischen Zusammensetzung der Mitglieder aus 27 verschiedenen Ländern schon lange der Vorteile von Videokonferenzen bewusst: Sie ermöglichen einen regelmäßigen Austausch zwischen den Mitgliedern der Parlamente und gleichzeitig werden Reisetage, Dienstreisekosten und der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck verringert. Insgesamt sind Videokonferenzen ein kostengünstiges und umweltfreundliches Werkzeug für Sitzungen, sodass angemessene Ressourcen in die Ausweitung dieser Methode investiert wurden. In Bezug auf die interparlamentarische Zusammenarbeit berichtete die unter dem finnischen Ratsvorsitz eingesetzte Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Leitlinien für die interparlamentarische Zusammenarbeit in der Europäischen Union, dass eine bessere Nutzung moderner Kommunikationsmittel die interparlamentarische Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch multilateraler Ebene weiter vereinfachen könnte. Dennoch wurden 2019 lediglich drei Videokonferenzen im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit veranstaltet. Es scheint, als ob dies auch auf verschiedene Einschränkungen und technische Schwierigkeiten sowie auf einen Mangel an angemessener oder kompatibler Ausrüstung in einigen nationalen Parlamenten zurückzuführen war.

Der Ausbruch von COVID-19 und die damit verbundenen Einschränkungen der Reise- und Bewegungsfreiheit zwangen alle Parlamente, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die wesentlichen Funktionen im Jahr 2020 aufrechtzuerhalten. Für viele Parlamente bedeutete dies, technische Lösungen einzuführen, um die Nutzung von Videokonferenzen zu beschleunigen. Die parlamentarische und interparlamentarische Zusammenarbeit war zu Beginn der Pandemie eingeschränkt, doch es konnten schnell Lösungen zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten gefunden werden. Der Austausch von Informationen und Meinungen sowie parlamentarische Treffen fanden nunmehr über Videokonferenzen statt.

---

<sup>29</sup> Siehe zum Beispiel den Abschnitt I zum Thema „Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die interparlamentarische Zusammenarbeit“.



Roberta Metsola, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, und Dita Charanzová, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, halten einen Vortrag auf der virtuellen Konferenz der COSAC in Berlin © Deutscher Ratsvorsitz

Das Europäische Parlament nutzte eine Plattform, dank der mehrsprachige Sitzungen mit umfassendem Dolmetschsystem für Ausschusssitzungen und interparlamentarische Konferenzen möglich wurden. Es organisierte im Jahr 2020 mehrere interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene per Videokonferenz, und zwar den Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschuss für Eurojust, eine Konferenz auf hoher Ebene zum Thema Migration sowie vier interparlamentarische Ausschusssitzungen (ICM), einschließlich derjenigen zur Bewertung von Eurojust.

Videokonferenzen erwiesen sich zudem als besonders effiziente Formate für informelle Briefings, Ad-hoc-Sitzungen und den gezielten Austausch mit hochrangigen Rednerinnen und Rednern.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Obwohl Videokonferenzen im Jahr 2019 noch kaum zum Einsatz kamen, wurden sie im Jahr 2020 zu einem Standardkommunikationsmittel, und zwar für informelle bilaterale Gespräche bis hin zu komplexen Konferenzen auf hoher Ebene mit zahlreichen Teilnehmern.
- An den Sitzungen per Videokonferenz nahmen immer mehr Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente teil, ebenso wie hochrangige Redner, die Videokonferenzen scheinbar leichter einrichten konnten als persönliche Treffen.
- Das Europäische Parlament hat es geschafft, sich technisches Fachwissen anzueignen und die entsprechenden Ressourcen für die Durchführung von Videokonferenzen zu organisieren.

## 7.2 CONNECT – die Datenbank des Europäischen Parlaments der Dokumente nationaler Parlamente

*Die Direktion Beziehungen mit den nationalen Parlamenten stellt den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (insbesondere den Berichterstattern), den politischen Gremien und den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen zu den Einsendungen nationaler Parlamente gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 zur Verfügung. In diesem Zusammenhang pflegt die Direktion die CONNECT-Datenbank, die alle Dokumente enthält, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten gemäß den Protokollen Nr. 1 und Nr. 2 übermittelt wurden. Die begründeten Stellungnahmen in Verbindung mit dem Frühwarnsystem stehen in allen Amtssprachen der EU zur Verfügung.*

Seit 2017 kann die CONNECT-Datenbank auf der Website der Direktion<sup>30</sup> konsultiert werden. Alle Informationen in CONNECT, einschließlich der von den nationalen Parlamenten eingegangenen

# CONNECT

begründeten Stellungnahmen und Beiträge, sind in eCommittee, dem gemeinsamen Arbeitsraum der GD IPOL und GD EXPO, im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sie sich beziehen, direkt verfügbar. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle von nationalen Parlamenten der EU übermittelten Beiträge.

CONNECT ermöglicht es Berichterstattern, Mitgliedern, Assistenten und Mitarbeitern der Ausschussesekretariate sowie allen externen Interessenträgern zu jedem Zeitpunkt eines Gesetzgebungsverfahrens, eine aktuelle und vollständige Übersicht über alle Einsendungen der nationalen Parlamente zu erhalten. Im Jahr 2020 sind insgesamt 232 Dokumente eingegangen: 115 (49,5 %) wurden im Rahmen der Prüfungen der Verhältnismäßigkeit gemäß dem Protokoll Nr. 2 eingereicht, während 117 (50,5 %) Beiträge im Rahmen des informellen politischen Dialogs waren.

Bis Ende 2020 konnten in der CONNECT-Datenbank fast 6 000 Dokumente (begründete Stellungnahmen und Beiträge) der nationalen Parlamente der EU abgerufen werden. Ungefähr 60 % wurden im Rahmen des Protokolls Nr. 2 zur Prüfung der Subsidiarität eingereicht, während 40 % im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereicht wurden.

### **Wichtigste Entwicklungen im Jahr 2020:**

- Es wurden einige kleinere Updates vorgenommen, die zu einer neuen Version der CONNECT-Datenbank führten.

---

30 <https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/subsidiarity-and-ipd/welcome>

### 7.3 Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom)

*Das Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse (CorCom) ist eine Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Es enthält auch Informationen über die verschiedenen Ausschusse sekretariate der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments. Die im Verzeichnis enthaltenen Informationen zu den nationalen Parlamenten werden von den in Brüssel tätigen ständigen Vertretern der nationalen Parlamente der EU bereitgestellt.*

Nach der Annahme einer Entschließung im Mai 2009<sup>31</sup> zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten (Berichtersteller: Elmar Brok) wurde die

# CORCOM

Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments entsprechend überarbeitet und besagt nun, dass ein „Ausschuss [...] unmittelbar auf Ausschussebene in einen Dialog mit den nationalen Parlamenten im Rahmen der für diesen Zweck vorgesehenen Haushaltsmittel eintreten [kann]. Dies kann geeignete Formen der prä- und postlegislativen Zusammenarbeit einschließen.“ (Artikel 150 Absatz 3).

Die Anwendung CorCom wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Sie ist zu einer webbasierten Anwendung<sup>32</sup> geworden, die deutlich benutzerfreundlicher ist und mit einer ganzen Reihe neuer Funktionen ausgestattet wurde. Die durchschnittliche Anzahl der monatlichen Seitenaufrufe beträgt 392. Die Datenbank wurde auch einer Aktualisierung unterzogen, nachdem im Jahr 2020 neue parlamentarische Ausschüsse im Europäischen Parlament eingesetzt wurden

31 [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Mai 2009 zu der Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten im Rahmen des Vertrags von Lissabon.](#)

32 CorCom ist nur für den internen Gebrauch bestimmt. Die Anwendung ist im Intranet des Europäischen Parlaments zugänglich.

## 7.4 Veröffentlichungen der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

*Die Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten erstellt eine Reihe von Veröffentlichungen.*

*Die „Weekly Agenda“ enthält Informationen über Veranstaltungen, an denen die nationalen Parlamente beteiligt sind, um die Transparenz und Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten zu erhöhen.*

*Die monatliche Aufzeichnung zum aktuellen Stand informiert über begründete Stellungnahmen und Beiträge, die von den nationalen Parlamenten im Rahmen des Protokolls Nr. 2 eingereicht wurden.*

*Im „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen über ausgewählte aktuelle Themen, die zwischen den Parlamenten des EZPWD-Netzes ausgetauscht wurden, zusammengefasst.*

Im Jahr 2020 erarbeitete die Direktion Veröffentlichungen zu folgenden Themen:

- vermisste Flüchtlings- und Migrantenkinder in Europa;
- Informationen zu COVID-19 und Anpassung der parlamentarischen Tätigkeiten; die Aussicht auf Videokonferenzen und Abstimmungen; vorbeugende und gesundheitspolizeiliche Maßnahmen in den Parlamenten; Notstandsgesetze und rechtliche Maßnahmen; Einschränkung des Demonstrationsrechts; Stand der Maßnahmen in den Parlamenten;
- parlamentarische Kontrolle des Europäischen Rates.

Die „Weekly Agenda“ wird allen Mitgliedern und Dienststellen des Europäischen Parlaments freitags zugesandt. Im Jahr 2020 wurden 34 Ausgaben der „Weekly Agenda“ verschickt. Die Veröffentlichung deckt interparlamentarische Veranstaltungen der nächsten zwei Wochen ab, darunter interparlamentarische Konferenzen, ICMs und bilaterale Treffen. Zu den veröffentlichten Informationen gehören das Datum, der Veranstaltungsort sowie die beteiligten Mitglieder und Dienststellen des Europäischen Parlaments.

Die Direktion erstellt auch eine monatliche Aufzeichnung über die begründeten Stellungnahmen und Beiträge der nationalen Parlamente (State of Play Note, siehe Kapitel 5.1.3).<sup>33</sup>

Sämtliche Veröffentlichungen<sup>34</sup> sind auf der Website der Direktion abrufbar, auf der auch Informationen über anstehende Tätigkeiten und geplante Veröffentlichungen der Direktion<sup>35</sup> zu finden sind.

Im Jahr 2020 begann die Direktion mit der Nutzung einer neuen visuellen Identität in ihren Veröffentlichungen und Kommunikationsmitteln.

---

33 <https://www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/subsidiarity-and-ipd/state-of-play-note>

34 <https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/publications>

35 <https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/news>

## 8. DIREKTION BEZIEHUNGEN ZU DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

Das Jahr 2020 war ein Jahr voller Herausforderungen und fast jeder musste sich in seinem Arbeitsumfeld an neue Gegebenheiten anpassen. Das war bei der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten natürlich nicht anders. Die Direktion passte ihre Arbeit schnell an die besonderen Gegebenheiten an, um den Mitgliedern des Europäischen Parlaments und einiger ihrer Partner qualitativ hochwertige Unterstützung bieten zu können. Sie passte sich den Gegebenheiten an, um die interinstitutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten der EU voranzutreiben und Unterstützung für zahlreiche interparlamentarische Veranstaltungen zu bieten.

Die Direktion unterstützt interparlamentarische Tätigkeiten, trägt zur Umsetzung der Bestimmungen des Vertrags über die interparlamentarische Zusammenarbeit bei und fungiert als Wissenszentrum für Informationen über die nationalen Parlamente der EU. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie ist zuständig für die Beziehungen zu den Beamten, die die nationalen Parlamente der EU in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

Die Direktion bedankt sich für die kontinuierliche Unterstützung des Generalsekretärs und des stellvertretenden Generalsekretärs sowie aller Dienststellen in den Generaldirektionen des Europäischen Parlaments, mit denen sie zusammenarbeitet. Die Dienststellen für IT und Konferenzen waren besonders gefragt und haben die Tätigkeiten der Direktion in diesem Jahr tatkräftig unterstützt.

Direktorin: **Katrin Ruhrmann**

Die Direktion besteht aus zwei Referaten:

- Referat Institutionelle Zusammenarbeit

Zu den Zuständigkeitsbereichen des Referats Institutionelle Zusammenarbeit gehören die multilaterale geregelte Zusammenarbeit, d. h. die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die Sitzungen der Generalsekretäre der Parlamente der EU und die COSAC. Das Referat befasst sich auch mit den bestehenden Netzwerken, insbesondere IPEX und EZPWD, sowie mit der Zusammenarbeit mit der GD EXPO und mit der Koordinierung des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes und mit Besuchen zum Kapazitätsaufbau.

Referatsleiter: **Pekka Nurminen**

- Referat Legislativer Dialog

Das Referat Legislativer Dialog ist in erster Linie für den politischen und legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten zuständig. Es plant, koordiniert und organisiert interparlamentarische Treffen auf Ausschussebene, einschließlich der ICM, der Europäischen Parlamentarischen Woche und des GPKA für Europol. Es sorgt ferner für die Überwachung der Subsidiaritätsprüfung und

die Folgemaßnahmen mit den Berichterstattern und Ausschüssen bezüglich der Umsetzung des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. Das Referat organisiert auch thematische Seminare, an denen die Verwaltungen des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten beteiligt sind, und ist für die Datenbanken CONNECT und CorCom zuständig.

Referatsleiter: **Jesús Gómez**

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind auf der Website des Europäischen Parlaments abrufbar:

<https://europarl.europa.eu/relnatparl/en/home/annual-reports>

# ANHÄNGE

## ANHANG I – Tagungen der COSAC – Themen und Hauptreferenten 2020

COSAC-Veranstaltung	Ort, Datum	Themen	Hauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden	Zagreb, 19./20. Januar 2020	I Prioritäten des kroatischen Vorsitzes im Rat der EU II Europäische Union, nationale Parlamente und die COSAC in der neuen institutionellen Amtszeit	Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Vorsitz-Troika der COSAC	Videokonferenz, 20. Mai 2020	Vorbereitung der außerordentlichen Sitzung der Vorsitzenden der COSAC am 16. Juni 2020	
Außerordentliche Sitzung der Vorsitzenden der COSAC  (als Ersatz für die abgesagte LXIII. Plenarsitzung der COSAC)	Videokonferenz, 16. Juni 2020	I Eine gemeinsame europäische Reaktion auf den Ausbruch von COVID-19 und Auswirkungen auf den Mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2021–2027 II Konferenz über die Zukunft Europas	Jan Olbrycht, MdEP, Ko-Berichterstatter zum MFR  Mairead McGuinness, erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments
Informelle Aussprache über aktuelle Themen mit EU-Chefunterhändler Michel Barnier	Videokonferenz, 26. Juni 2020	Aktueller Stand der Verhandlungen über das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich	
Vorsitz-Troika der COSAC	Videokonferenz, 13. Juli 2020	Vorbereitung der Sitzung der Vorsitzenden der COSAC am 14. September 2020	
Sitzung der Vorsitzenden	Videokonferenz, 14. September 2020	I Bericht der deutschen Bundesregierung zu den Prioritäten des deutschen Ratsvorsitzes II Umgang mit den Folgen der COVID-19-Pandemie und gewonnene Erkenntnisse	

Informelle Aussprache über aktuelle Themen mit EU-Chefunterhändler Michel Barnier	Videokonferenz, 17. September 2020	Aktueller Stand der Verhandlungen über das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich	
Informelle Aussprache mit der Vizepräsidentin der Kommission Věra Jourová und dem Kommissionsmitglied Didier Reynders	Videokonferenz, 29. Oktober 2020	Erster Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit der Kommission	
Informelle Aussprache über aktuelle Themen mit der geschäftsführenden Vizepräsidentin der Kommission Margrethe Vestager	Videokonferenz, 23. November 2020	Überarbeitung der Wettbewerbspolitik, der Industriestrategie und des digitalen Wandels	
Vorsitz-Troika der COSAC	Videokonferenz, 27. November 2020	Vorbereitung der virtuellen Sitzung der COSAC vom 30. November bis zum 1. Dezember 2020	
Virtuelle Sitzung der COSAC (als Ersatz für die LXIV. Plenarsitzung der COSAC)	Videokonferenz, 30. November–1. Dezember 2020	<p>I Neubeginn der transatlantischen Beziehungen?</p> <p>II Lehren aus der COVID-19-Krise – Zusammenarbeit in der EU im Falle von Pandemien und in der Gesundheitsversorgung</p> <p>III Rückblick auf den deutschen Ratsvorsitz</p> <p>IV Die Zukunft der Europäischen Union</p> <p>V Europas Rolle in der Welt – eine verantwortungsvolle Partnerschaft mit Afrika</p>	

Detailliertere Informationen zu den Tagesordnungen der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzen auf der IPEX-Website veröffentlicht:  
[www.ipex.eu](http://www.ipex.eu)

## ANHANG II – Vom Europäischen Parlament in Brüssel organisierte interparlamentarische Ausschusssitzungen und Konferenzen im Jahr 2020

				Teilnehmerzahl:			
Datum	Ausschuss des EP	Veranstaltung		Nationale Parlamente			EP
		Art der Sitzung	Titel der Sitzung	Mitglieder	Parlamente	Kammern	Mitglieder
18-19 Febr. 2020	ECON EMPL BUDG	<b>Europäische Parlamentarische Woche:</b> • Konferenz zum Europäischen Semester	Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union	<b>111</b>	<b>28</b>	<b>34</b>	<b>Plenum Tag 1: 17 Plenum Tag 2: 12 ICM ECON: 12 ICM BUDG: 7 ICM EMPL: 30</b>
28-29 Sept. 2020	LIBE	Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol	7. Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol	<b>72</b>	<b>25</b>	<b>36</b>	<b>Physisch anwesend: 6 Fernteilnahme: 9</b>
27 Okt. 2020	JURI	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Bessere Rechtsetzung aus einer digitalen Perspektive	<b>38</b>	<b>26</b>	<b>27</b>	<b>Physisch anwesend: 3 Fernteilnahme: 4</b>
10 Nov. 2020	LIBE	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Erster jährlicher Bericht über die Rechtsstaatlichkeit der Kommission und die Rolle der nationalen Parlamente	<b>51</b>	<b>23</b>	<b>31</b>	<b>Physisch anwesend: 2 Fernteilnahme: 18</b>
19 Nov. 2020	LIBE DEVE	Interparlamentarische Konferenz auf hoher Ebene	Migration und Asyl in Europa	<b>71</b>	<b>24</b>	<b>32</b>	<b>Physisch anwesend: 4 Fernteilnahme: 40</b>
1er décembre 2020	LIBE	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Bewertung der Tätigkeiten von Eurojust	<b>46</b>	<b>26</b>	<b>32</b>	<b>Physisch anwesend: 3 Fernteilnahme: 20</b>
2 Dez. 2020	AFET	Interparlamentarische Ausschusssitzung	Westlicher Balkan: 25 Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton Eine gemeinsame Antwort der EU zur Unterstützung des demokratischen Wandels in Belarus	<b>56</b>	<b>26</b>	<b>32</b>	<b>Physisch anwesend: 4 Fernteilnahme: 45</b>
<b>Gesamtzahl der Teilnehmer</b>				<b>445</b>			<b>236</b>

### ANHANG III – Besuche der nationalen Parlamente der EU im Europäischen Parlament im Jahr 2020 (einschließlich der von der Direktion organisierten Videokonferenzen)

Datum	Land und Kammer	Besucher	Gesprächspartner des Besuchers im EP	Art des Besuchs	Zahl der teilnehmenden Abgeordneten	Zahl der teilnehmenden Mitarbeiter
8./9.1.2020	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Personal	MdEP Nethsinga, Bedienstete des EP	Personal	0	13
20.1.2020	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Ständiger Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	MdEP Jongerius, MdEP Lenaers, MdEP Van Sparrentak	Abgeordnete	5	6
21.1.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	MdEP Crouzet	MdEP Decerle	Abgeordnete	1	2
22./23.1.2020	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Personal	Bedienstete des EP	Personal	0	13
22.1.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete Gouttefarde und de Ganay	MdEP Nethsinga, Vorsitzende des JURI-Ausschusses	Abgeordnete	2	
23.1.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete Bono-Vandorme und Deprez-Audebert	MdEP Verheyen, MdEP Zver	Abgeordnete	2	
28.1.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete Janvier und Pueyo	MdEP Loiseau, Vorsitzende des SEDE-Ausschusses	Abgeordnete	2	1
28./29.1.2020	VEREINIGTES KÖNIGREICH – House of Commons	Personal	MdEP Loiseau, Vorsitzende des SEDE-Ausschusses, MdEP Hannan, MdEP In 't Veld	Personal	0	10
29.1.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete Vichnievsky und Gosselin	MdEP Didier	Abgeordnete	2	1
4.2.2020	DEUTSCHLAND – Bundestag	Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union	MdEP Wieland, VP, MdEP Simon, MdEP Bischoff, MdEP Freund, MdEP Beer, MdEP Scholz, MdEP Beck	Abgeordnete	29	9
5./6.2.2020	NORWEGEN – Storting	Besuch von Parlamentsabgeordneten	MdEP Auken, MdEP Federley, MdEP Schaldemose, MdEP Kohut, MdEP Danielsson	Abgeordnete	12	3

6.2.2020	FINNLAND – Eduskunta	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	MdEP des AFET-Ausschusses	Abgeordnete	8	1
11.–13.2.2020	FINNLAND – Eduskunta	Abgeordneter Kärnä	MdEP Kumpula-Natrin, MdEP Pekkarinen	Abgeordnete(r)	1	1
17.2.2020	NIEDERLANDE – Tweede Kamer	Ständiger Ausschuss für Justiz und Sicherheit	MdEP Azmani, MdEP In 't Veld, MdEP Lenaers, MdEP Sippel	Abgeordnete	4	4
17.2.2020	RUMÄNIEN – Camera Deputatilor	Sprecher	Präsident Sassoli	Sprecher	1	4
20.2.2020	FRANKREICH – Assemblée Nationale	Abgeordnete Degois	MdEP Canfin, Vorsitzender des ENVI-Ausschusses	Abgeordnete	1	2
2./3.3.2020	FINNLAND – Eduskunta	Studienbesuch von Parlamentsabgeordneten	MdEP Katainen, MdEP Heinäluoma, MdEP Hakkarainen, MdEP Torvalds, MdEP Hautala und Bedienstete des EP	Abgeordnete	10	7
20.11.2020	GREECE – Griechisches Parlament	Vorsitzender des Ausschusses für nationale Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten (Videokonferenz)	MdEP Loiseau, Vorsitzende des SEDE-Ausschusses	Abgeordnete(r)	1	
1.12.2020	GREECE – Griechisches Parlament	Vorsitzender des Ausschusses für nationale Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten (Videokonferenz)	MdEP McAllister, Vorsitzender des AFET-Ausschusses	Abgeordnete(r)	1	
15.12.2020	PORTUGAL – Assembleia da República	Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union	MdEP Metsola, VP	Abgeordnete(r)	1	
16.12.2020	LITAUEN – Seimas	Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (Videokonferenz)	MdEP McAllister, Vorsitzender des AFET-Ausschusses	Abgeordnete	1	
23.12.2020	POLEN – Senat	Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union	MdEP Metsola, VP	Abgeordnete(r)	1	

## ANHANG IV – Daten über das Frühwarnsystem

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- **„Begründete Stellungnahmen“** sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 des Vertrags von Lissabon eingegangen sind.
- **„Beiträge“** sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

Von nationalen Parlamenten im Jahr 2020 eingegangene Dokumente			
		Begründete Stellungnahmen	Beiträge
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	2020	2020
Österreich	Nationalrat	0	0
Österreich	Bundesrat	1	1
Belgien	Chambre des Représentants	0	0
Belgien	Sénat	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	0	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	0
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	0
Tschechien	Poslanecká sněmovna	1	3
Tschechien	Senát	0	7
Dänemark	Folketinget	1	0
Estland	Riigikogu	0	0
Finnland	Eduskunta	0	0
Frankreich	Assemblée Nationale	0	8
Frankreich	Sénat	1	1
Deutschland	Bundestag	0	0
Deutschland	Bundesrat	0	5
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	4
Ungarn	Országgyűlés	5	0
Irland	Kammern des Oireachtas	0	0
Italien	Camera dei deputati	0	8
Italien	Senato	0	5
Litauen	Seimas	0	0
Luxemburg	Chambre des Députés	0	0
Lettland	Saeima	0	0
Spanien	Kamra tar-Rapprežentanti	1	0
Niederlande	Tweede Kamer	0	0
Niederlande	Eerste Kamer	1	1
Polen	Sejm	0	0

Polen	Senat	0	1
Portugal	Assembleia da República	0	26
Rumänien	Camera Deputaților	0	0
Rumänien	Senat	0	8
Spanien	Congreso/Senado	0	32
Schweden	Riksdagen	2	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	0	1
Vereinigtes Königreich	House of Commons	0	0
Vereinigtes Königreich	House of Lords	0	0
<b>INSGESAMT</b>		<b>13</b>	<b>111</b>

## ANHANG V – Gemäß Protokoll Nr. 1 eingereichte Dokumente – informeller politischer Dialog

In dieser Tabelle sind die Dokumente aufgeführt, die die nationalen Parlamente der EU als Reaktion auf Entwürfe von Rechtsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie als Reaktion auf eine Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten wie Grün-/Weißbücher oder Mitteilungen der Kommission, die unter das Protokoll Nr. 1 zum AEUV fallen, übermittelt haben.

<b>Von nationalen Parlamenten im Jahr 2020 eingegangene Beiträge</b>		
<b>Mitgliedstaat</b>	<b>Parlament/Kammer</b>	<b>Beiträge</b>
Tschechien	CZ Senát	26
Rumänien	RO Senat	24
Rumänien	RO Camera Deputaților	23
Tschechien	CZ Poslanecká sněmovna	19
Frankreich	FR Sénat	17
Deutschland	DE Bundesrat	17
Italien	IT Camera dei Deputati	15
Portugal	PT Assembleia da República	12
Niederlande	NL Eerste Kamer	7
Frankreich	FR Assemblée Nationale	5
Deutschland	DE Bundestag	3
Litauen	LT Seimas	3
Österreich	AT Nationalrat	2
Belgien	BE Sénat/Senaat	2
Polen	PL Sejm	2
Kroatien	HR Hrvatski Sabor	1
Dänemark	DK Folketing	1
<b>INSGESAMT</b>		<b>179</b>

## **ANHANG VI – Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)**

### **A. Anliegen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2020 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben:**

- Umsetzung der Dublin-III-Verordnung
- In den Mitgliedstaaten vorgesehene verfassungsrechtliche Vorschriften zur Genehmigung von Änderungen des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments (Artikel 224 AEUV)
- Beteiligung der Parlamente der Mitgliedstaaten an Tätigkeiten zum Kapazitätsaufbau in den Ländern des Westbalkans, in Moldau, in Georgien, in der Ukraine und in Tunesien
- Reisekosten der Mitglieder – personalisierte Taxikarte des spanischen Parlaments
- Gegenseitige Amtshilfe der für Haushaltsangelegenheiten zuständigen Ausschüsse
- Hindernisse für die Freizügigkeit von Familien mit gleichgeschlechtlichen Partnern (Regenbogenfamilien)
- Fragebogen zur Wirksamkeit des EZPWD-Netzes
- Möglichkeit, Petitionen und Anträge an das Parlament in Gebärdensprache einzureichen
- Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen in den nationalen Parlamenten
- Umsetzung der EU-Anforderungen für den Austausch von Steuerinformationen
- Achtsamkeitsinitiativen innerhalb nationaler Parlamente
- Finanzmanagement in Bezug auf Besuchergruppen der nationalen Parlamente

### **B. Das Europäische Parlament hat Anfragen anderer EZPWD-Parlamente zu folgenden Themen beantwortet:**

- Elektronische Abstimmung in der Praxis
- Inhaber politischer/öffentlicher Ämter: Beteiligung an geheimen oder „diskreten“ Organisationen
- Rechte auf Vaterschaftsurlaub bei sexuellen Minderheiten
- Aufteilung der Redezeit im Plenum
- Verwaltungssystem für Veranstaltungen
- Nutzung von YouTube im Parlament
- Rücktritt von Parlamentsabgeordneten
- Finanzautonomie der Parlamente
- Einhaltung des Steuerrechts
- Eide und Gesten
- Vorsichtsmaßnahmen in den Räumlichkeiten des Parlaments, um eine mögliche Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern
- Zwischenrufe in Protokollen
- Abschrift der Protokolle von Plenartagungen und parlamentarischen Ausschüssen
- Redaktionsverfahren für öffentlich zugängliche Forschungsergebnisse
- Sitzungen per Videokonferenz und Abstimmung
- Einsatz von Sprache-zu-Text-Lösungen

- Zusätzliche Maßnahmen in den Räumlichkeiten des Parlaments, um die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern
- Anpassung der parlamentarischen Tätigkeiten an den Ausbruch von COVID-19
- Anwesenheit der Abgeordneten im Parlament – Regeln, Aufzeichnungen und Sanktionen bei Nichterscheinen
- Anrede des Präsidenten/Sprechers zu Beginn von Reden im Parlament
- COVID-19: IKT-Unterstützung für Parlamente
- Änderungen der Geschäftsordnung im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19
- COVID-19 – vorbeugende Bestimmungen im Zusammenhang mit der parlamentarischen Arbeit/den Mitarbeitern
- Desinfektionsverfahren für Fahrzeuge, die Waren zum Zoll transportieren
- Parlamentsfraktionen, Sperrklauseln und Wahlbündnisse vor der Wahl
- Rechtliche Regelungen für den Gesundheitsnotstand in Europa
- Förderung für Kultur und Einschränkungen für weiterführende Schulen aufgrund der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie
- Dienstleistungen zur Unterstützung bei Dreharbeiten und Sendungen
- Bereitstellung von ärztlichen Notfalldiensten im Parlament
- Testen von Abgeordneten und Parlamentsmitarbeitern auf COVID-19
- Organisation von Verdolmetschungen bei internationalen/mehrsprachigen Konferenzen
- Parlamentsbibliotheken – Nutzung von Drucksachen und digitalen Diensten
- Geschlechtsspezifische Analyse des Parlamentshaushalts
- Veröffentlichung der Vermögenswerte von Abgeordneten im Internet
- Parlamentarische Tätigkeiten während der COVID-19-Pandemie
- Standards und Verfahren für die Meinungsforschung in Wahlkampfzeiten
- Gesetzliche Gebühren für natürliche Ressourcen im Falle höherer Gewalt
- Änderungen des Wahlrechts als Folge der COVID-19-Pandemie
- Gesetz über audiovisuelle Medien
- Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf COVID-19 und parlamentarische Sitzungen
- Öffentliche Bekanntgabe von Lebensmittelbetrug und -fälschung
- Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf dezentrale Gebietskörperschaften (Selbstverwaltungsregionen, Gemeinden usw.)
- Digitalisierung parlamentarischer Verfahren und entsprechende technische Ausrüstung
- Audiovisuelle Aufzeichnungen von Befragungen
- Spende von menschlichen Organen und Gewebe und deren Transplantation
- Interessenkonflikte von Vertretern lokaler Gebietskörperschaften
- Offizielle Überprüfung von Profilen von Abgeordneten oder Fraktionen in sozialen Medien
- Sanktionen für Parlamentsabgeordnete, die dem Parlament zur Verfügung stehen
- Befugnisse von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Missachtung
- Politik der Regierungen gegenüber Flüchtlingen und Binnenvertriebenen seit 2017
- Gesetzgebung und Praxis in Bezug auf die zögerliche Impfbereitschaft
- Gesundheitstourismus
- Archive – Aufbewahrung und Lieferung
- Mundschutz im Parlament – Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher
- Verkauf von Alkohol im Internet
- Von Parlamenten eingerichtete Institutionen

- Bürgerinitiativen, einschließlich Fragen zu geistigen Eigentumsrechten
- Status von Parlamentsabgeordneten
- Einarbeitung und Orientierung neuer Mitarbeiter in der Parlamentsbibliothek und den wissenschaftlichen Diensten
- Plenarsitzungen und parlamentarische Arbeit während COVID-19
- Strafrechtliche Maßnahmen – ausländische Staatsangehörige, Kinder und nicht zurechnungsfähige Personen
- Homeoffice für Mitarbeiter der Parlamente
- Forschungsbeziehungen mit außerparlamentarischen Forschungseinrichtungen
- Regeln für Kahlschlag und Holzeinschlag
- Zugang zum Plenarsaal
- Verlassene landwirtschaftliche Flächen
- Regelung des Lärmpegels in Bezug auf religiöse Stätten
- Gesetzliche Anforderungen zur Ausübung einer juristischen Tätigkeit
- Stand der Maßnahmen in Bezug auf COVID-19 in den Parlamenten
- Zuordnungs- und Dokumentenmanagementsysteme für die Verwaltung von Anfragen an den wissenschaftlichen Dienst
- Telefonie für Parlamentsabgeordnete
- Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen in den Parlamentsdokumenten
- Ausmaß der parlamentarischen Unverletzlichkeit – jüngste Entwicklungen
- Verfahren für Abtrünnige
- Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Parlament
- IT-Ressourcen für Abgeordnete
- Interne Verwaltungsabläufe der Parlamente in Bezug auf die Weitergabe von personenbezogenen Informationen von Abgeordneten an die Medien
- Personal und Dienstleistungen in den Referaten des wissenschaftlichen Dienstes der Parlamente
- Einreichung von Gesetzgebungsvorschlägen im Parlament
- Unabhängige Kandidaten und ihr Recht, bei bestimmten Arten von Wahlen anzutreten
- Personal und Dienstleistungen in den Referaten des wissenschaftlichen Dienstes der Parlamente

### C. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen im Jahr 2020

<b>SEMINARE</b>		
Webinar – „Parliamentary privilege and the General Data Protection Regulation“ (Abgeordnetenschutzrechte und Datenschutz-Grundverordnung) (Interessenbereich Parlamentarische Praxis und Verfahren)	Wien (online)	15. Juni 2020
Webinar – „Parliaments and constitutional law – parliaments and constitutional courts“ (Parlamente und Verfassungsrecht – Parlamente und Verfassungsgerichte) (Interessenbereich Parlamentarische Praxis und Verfahren)	Wien (online)	12./13. November 2020
Webinar – „Parliamentary research in crisis mode: corona, comeback, change“ (Parlamentarische Forschung im Krisenmodus: Corona, Comeback, Wandel) (Interessenbereich Bibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Archive)	Brüssel, Europäisches Parlament (online)	12./13. November 2020
<b>SATZUNGSGEMÄSSE SITZUNGEN</b>		
<i>Virtuelle</i> Sitzung des Exekutivausschusses	Straßburg, Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) (online)	26. Mai 2020
<i>Virtuelle</i> Sitzung des Exekutivausschusses	Straßburg, PACE (online)	1. Juli 2020
<i>Virtuelle</i> Sitzung des Exekutivausschusses	Helsinki, Eduskunta (online)	25. September 2020
<i>Virtuelle</i> Jahreskonferenz der Korrespondenten	Skopje, Sobranie (online)	22. Oktober 2020

## Glossar und Akronyme

**AFCO:** Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments.

**AFET:** Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

**BUDG:** Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments.

**CorCom:** Verzeichnis der entsprechenden Ausschüsse. Informationsquelle zu den Ausschüssen der nationalen Parlamente, die den Ausschüssen des Europäischen Parlaments entsprechen. Es enthält Informationen über die verschiedenen Ausschusssekretariate der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments.

**COSAC:** Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten. In den Verträgen verankerte Konferenz von Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern aus den für Unionsangelegenheiten zuständigen parlamentarischen Ausschüssen.

**COSAC BAR:** Zweijahresberichte der COSAC. Erweitertes Dokument, das sich auf einen Fragebogen stützt, der an alle nationalen Parlamente der EU und das Europäische Parlament geschickt wird und aktuelle Themen in Unionsangelegenheiten abdeckt.

**DEVE:** Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments.

**DG EXPO:** Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union des Sekretariats des Europäischen Parlaments.

**EBCG:** Europäische Grenz- und Küstenwache.

**EZPWD:** Europäisches Zentrum für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation. Netz zum Informationsaustausch für die Verwaltungen der Parlamente in Europa, das auf der Grundlage von vergleichenden Anfragen tätig wird.

**ECON:** Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments.

**EMPL:** Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments.

EP: Europäisches Parlament.

**EPW:** Europäische Parlamentarische Woche. Bei der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPK SECG) und der Konferenz zum Europäischen Semester kommen Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen, um wirtschaftliche, haushaltsbezogene und soziale Fragen zu erörtern.

**Eurojust:** Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

**Europol:** Die Strafverfolgungsbehörde der Europäischen Union.

**EU-PPK:** Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Parlaments. Jährliche Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Mitgliedstaaten der EU, organisiert vom Parlament des vorangegangenen Ratsvorsitzes im Herbst.

**FWS:** Frühwarnsystem. Überprüfungsverfahren, das im Protokoll Nr. 2 zu den Verträgen über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit festgelegt ist. Danach können die nationalen Parlamente eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten der Organe richten.

**ICM:** Interparlamentarische Ausschusssitzung. Sitzungen, die gemeinsam von dem/den Ausschusse sekretariat(en) und dem Referat Legislativer Dialog der Direktion Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments organisiert werden. Diese Sitzungen fungieren als Forum für den Dialog zwischen den Mitgliedern der nationalen Parlamente und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments.

**IPK GASP/GSVP:** Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Interparlamentarische Plattform für Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den Ratsvorsitz innehat.

**IPD:** Informeller politischer Dialog. Beiträge der nationalen Parlamenten der EU gemäß dem Protokoll Nr. 1 zu den Verträgen mit Kommentaren zu Gesetzgebungsakten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fallen, sowie zu Dokumenten nichtlegislativer Art wie Weißbüchern oder Mitteilungen der Europäischen Kommission.

**IPEX:** Interparlamentarischer EU-Informationstausch. Plattform für den gegenseitigen Austausch von Dokumenten und Informationen mit Unionsbezug zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

**GPKA:** Gemeinsamer parlamentarischer Kontrollausschuss für Europol. Interparlamentarischer Kontrollausschuss, der sicherstellt, dass Europol uneingeschränkt rechenschaftspflichtig und transparent ist. Der GPKA hält zwei Sitzungen pro Jahr ab: eine im Parlament des Landes, das den Ratsvorsitz innehat, und eine im Europäischen Parlament.

**JURI:** Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments.

**LIBE:** Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments.

**MFR:** Mehrjähriger Finanzrahmen. Siebenjahresrahmen, mit dem die jährliche Mittelausstattung der Europäischen Union geregelt wird.

**Abgeordnete:** Mitglieder der (nationalen) Parlamente.

**MdEP:** Mitglieder des Europäischen Parlaments.

**SSZ:** Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, an der sich 25 Mitgliedstaaten beteiligen und die durch einen Beschluss des Rates vom 11. Dezember 2017 eingerichtet wurde. Sie bietet einen rechtlichen Rahmen, um gemeinsame Projekte zu organisieren und umzusetzen und in gemeinsame Fähigkeitenprojekte zu investieren sowie die Einsatzbereitschaft und den Beitrag der Streitkräfte zu erhöhen.

**PPSP:** Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes. Maßgeschneidertes Programm für die Vorbereitung der parlamentarischen Dimension des kommenden Ratsvorsitzes der Mitgliedstaaten der EU und für den Austausch von bewährten Vorgehensweisen mit den jeweiligen Parlamenten.

**Spotlight:** Veröffentlichungen im Zusammenhang mit Zusammenfassungen über parlamentarische Verfahren und Abläufe und auf der Grundlage von Antworten auf Anfragen, die an das EZPWD-Netz übermittelt wurden.

**EUV:** Vertrag über die Europäische Union.

**AEUV:** Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.

# NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

Dezember 2020



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

<p> <b>Belgique/België/ Belgien BELGIEN</b></p> <p>Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung <b>150</b> </p> <p>Senaat/ Sénat/ Senat <b>60</b> </p>	<p> <b>България BULGARIEN</b></p> <p>Народно събрание (Narodno sabranie) <b>240</b> </p>	<p> <b>Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK</b></p> <p>Poslanecká sněmovna <b>200</b> </p> <p>Senát <b>81</b> </p>	<p> <b>Danmark DÄNEMARK</b></p> <p>Folketinget <b>179</b> </p>
<p> <b>Deutschland DEUTSCHLAND</b></p> <p>Deutscher Bundestag <b>709</b> </p> <p>Bundesrat <b>69</b> </p>	<p> <b>Eesti ESTLAND</b></p> <p>Riigikogu <b>101</b> </p>	<p> <b>Éire/Ireland IRLAND</b></p> <p>Dáil Éireann <b>160</b> </p> <p>Seanad Éireann <b>60</b> </p>	<p> <b>Ελλάδα GRIECHENLAND</b></p> <p>Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) <b>300</b> </p>
<p> <b>España SPANIEN</b></p> <p>Congreso de los Diputados <b>350</b> </p> <p>Senado <b>208</b> </p> <p><b>57</b> </p>	<p> <b>France FRANKREICH</b></p> <p>Assemblée nationale <b>577</b> </p> <p>Sénat <b>348</b> </p>	<p> <b>Hrvatska KROATIEN</b></p> <p>Hrvatski sabor <b>151</b> </p>	<p> <b>Italia ITALIEN</b></p> <p>Camera dei Deputati <b>629</b> </p> <p>Senato della Repubblica <b>315</b> </p> <p><b>6</b> </p>
<p> <b>Κύπρος ZYPERN</b></p> <p>Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) <b>56</b> </p>	<p> <b>Latvija LETTLAND</b></p> <p>Saeima <b>100</b> </p>	<p> <b>Lietuva LITAUEN</b></p> <p>Seimas <b>141</b> </p>	<p> <b>Luxembourg LUXEMBURG</b></p> <p>Chambre des Députés <b>60</b> </p>
<p> <b>Magyarország UNGARN</b></p> <p>Országgyűlés <b>199</b> </p>	<p> <b>Malta MALTA</b></p> <p>Il-Kamra Tad-Deputati <b>67</b> </p>	<p> <b>Nederland NIEDERLANDE</b></p> <p>Tweede Kamer <b>150</b> </p> <p>Eerste Kamer <b>75</b> </p>	<p> <b>Österreich ÖSTERREICH</b></p> <p>Nationalrat <b>183</b> </p> <p>Bundesrat <b>61</b> </p>
<p> <b>Polska POLEN</b></p> <p>Sejm <b>460</b> </p> <p>Senat <b>100</b> </p>	<p> <b>Portugal PORTUGAL</b></p> <p>Assembleia da República <b>230</b> </p>	<p> <b>România RUMÄNIEN</b></p> <p>Camera Deputatilor <b>330</b> </p> <p>Senat <b>136</b> </p>	<p> <b>Slovenija SLOWENIEN</b></p> <p>Državni zbor <b>90</b> </p> <p>Državni svet <b>40</b> </p>
<p> <b>Slovensko SLOWAKEI</b></p> <p>Národná Rada <b>150</b> </p>	<p> <b>Suomi/ Finland FINNLAND</b></p> <p>Eduskunta <b>200</b> </p>	<p> <b>Sverige SCHWEDEN</b></p> <p>Riksdagen <b>349</b> </p>	



[RELNATPARL@EP.EUROPA.EU](mailto:RELNATPARL@EP.EUROPA.EU)  
[WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL/EN/HOME.HTML](http://WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL/EN/HOME.HTML)